



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

1. Eröffnung der Sitzung durch die Stadtratspräsidentin für das Jahr 2012

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber begrüsst die Stadt- und Gemeinderäte, die Gäste und die Pressevertreter zur ersten Sitzung im Jahr 2012. Sie wünsche allen ein Jahr voller Freude mit gegenseitigem Wohlwollen, viel Dankbarkeit und Wertschätzung. Die Gesellschaft werde durch diese Werte getragen, erhalten und gefördert. Alle würden vom Guten profitieren, das sich in der Umgebung befinde. Sich beispielsweise genau jetzt, in einem gut geheizten und gut eingerichteten Saal aufhalten zu können, sei nicht selbstverständlich. Das Bewusstsein, dass nicht alles einfach selbstverständlich sei, wecke in einem viel Dankbarkeit und Wertschätzung.


Sie dürfe am heutigen Abend ein neues SVP-Stadratsmitglied begrüßen. Herr Stadtrat Heinz Wüthrich ersetze den per 1. Januar 2012 zurückgetretenen Stadtrat Roland Christen. Im Namen des Stadtrates wünsche sie Herrn Stadtrat Heinz Wüthrich viele gute Erfahrungen und viel Freude im Amt.

Sie freue sich ausserordentlich die "Kreuzfeldspatzen" unter der Leitung von Frau Vreni Kunz-Grädel begrüßen zu dürfen, welche den Start des Politjahres 2012 mit Gesangsbeiträgen feierlich umrahmen und prägen. Musikalisch werden die Schüler von Frau Judith Hefermehl am Klavier begleitet. Persönlich kennen und schätzen gelernt habe sie die "Kreuzfeldspatzen", als diese die Schüler der Heilpädagogischen Schule (HPS) im neuen Schulhaus willkommen geheissen haben. Bei den "Kreuzfeldspatzen" werde Integration vorbildlich gelebt, indem Schüler der HPS sowie Schüler von Klein-, Primar-, Sekundar- und Untergymnasium-Klassen gemeinsam singen.


"Kreuzfeldspatzen" singen das Lied "Tierli"



"Kreuzfeldspatzen" (3 Untergymnasiumsschüler, Frau Vreni Kunz-Grädel - begleitet am Klavier von Frau Judith Hefermehl) singen "Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" von Ludwig van Beethoven (Text: Johann Christian Fürchtegott Gellert):

 Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre.
Ihr Schall pflanzt seinen Namen fort.

Ihn rühmt der Erdkreis, ihn preisen die Meere,
vernimm o Mensch, ihr göttlich Wort.

 Wer trägt der Himmel unzählbare Sterne?
Wer führt die Sonn' aus ihrem Zelt?

Sie kommt und leuchtet und lacht uns von Ferne,
und läuft den Weg gleich als ein Held
und läuft den Weg gleich als ein Held.

(Applaus)

Amtsantrittsrede der Stadtratspräsidentin Beatrice Greber:

"Geschätzte Stadt- und Gemeinderäte
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Vor jedem von euch liegt ein halber, in Folie gehüllter Stein auf dem Tisch. Steine verkörpern Schlichtheit, Beständigkeit und Schönheit. Ich habe im Laufe des letzten Jahres viele Natursteine am Wegrand bewusst wahrgenommen und sie nach Hause getragen - womit ich im wahrsten Sinne des Wortes "steinreich" bin. Alle würden ab und zu von Steinen sprechen. Viele symbolische Aussagen lassen sich gut im Stadtrat anbringen.

- Stadtpräsident Thomas Rufener und Stadtschreiber Daniel Steiner haben im Neujahrsschreiben die gute Zusammenarbeit als "**Baustein im Leben**" erwähnt.
- Im Stadtrat dürfen **Grundsteine** für die Stadt Langenthal gelegt werden. Grundsteine für ein gutes Fundament und für viel Nachhaltigkeit.
- Einige dürfen in ihrem Leben sogar **Meilensteine** setzen.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

- *Im Stadtrat wird ab und zu **ein Stein ins Rollen gebracht**.*
- *Manchmal braucht es aber auch Ausdauer unter dem Motto: "**steter Tropfen höhlt den Stein**".*
- *Allen bekannt ist das liebevolle, in der Umgangssprache verwendete Sprichwort: "**Bei Gelegenheit jemandem einen Stein in den Garten werfen**."*


Ich habe euch zwar keinen Stein in den Garten geworfen, aber einen auf den Tisch gelegt. In der Bildhauerwerkstätte Wyler habe ich verdankenswerter Weise die entsprechenden Maschinen benutzen dürfen, um die Steine selber zu halbieren und zu schleifen, womit die inneren Strukturen der Steine sichtbar geworden sind. Es ist erstaunlich was da zum Vorschein kommen kann. Ich habe die Steine ganz bewusst selber aufgefärs, weil ich davon überzeugt bin, dass es gut tut, einmal in den Stiefeln einer anderen Berufsperson zu stehen, um das Verständnis für deren Anliegen besser nachvollziehen zu können.

Ich habe die Steine ganz bewusst in Folie und nicht in Papier eingewickelt, womit deren innere Werte geschützt, aber sichtbar bleiben. Alle haben nur einen halben Stein vor sich liegen. Die andere Hälfte ist vielleicht bei einer Person auf der Gegenseite, womit symbolisch der Wunsch zum Ausdruck kommen soll, das Miteinander zu fördern und das Gegeneinander zu hindern.

Alle Steine sind einmalig. Die meisten sind farbig und strukturiert. Natürlich gibt es auch ein paar unstrukturierte, die es aber nicht - oder noch nicht - bis in den Stadtratssaal geschafft haben. Die Natur ist wunderbar und es lohnt sich, sie zu schätzen und zu beachten. Im Vorraum zum Sitzungssaal sind zwei Schalen Wasser aufgestellt, in welchen sich je 47 Natursteine befinden. Obwohl jeder dieser Stein einzigartig und verschieden ist, bilden sie innerhalb der Schalen eine Einheit.


Auch die Schüler, die miteinander singen, bilden eine Einheit. Sie müssen aufeinander hören, damit die Lieder gut tönen.

"Kreuzfeldspatzen" singen "Yesterday" von Paul Mc Cartney:

 Yesterday all my troubles seemed so far away
Now it looks as though they're here to stay
Oh I believe in yesterday

Suddenly, I'm not half the man I used to be
There's a shadow hanging over me
Oh yesterday came suddenly

I: Why she had to go I don't know, she wouldn't say
I said something wrong
Now I long for yesterday

 Yesterday love was such an easy game to play
Now I need a place to hide away
Oh I believe in yesterday

! : Why she had to go I don't know, she wouldn't say
I said something wrong
Now I long for yesterday

Yesterday love was such an easy game to play
Now I need a place to hide away
Oh I believe in yesterday

(Applaus)

"Kreuzfeldspatzen" singen "**Höchste Eisenbahn**" von Peter Schindler (Text: Christoph Mohr)

 (Applaus)

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: Kinder können Herzen berühren. Für Kinder werde deshalb von allen viel Wert auf nachhaltige Politik gelegt. Im Namen des Stadtrates danke Sie den "Kreuzfeldspatzen" für ihren Auftritt vor dem Parlament. Als persönliches Dankeschön werde sie den Kindern später "Edelsteine" überreichen. Im Namen des Stadtrates danke sie auch Frau Judith Hefermehl für die musikalische Begleitung der Kinder am Klavier.

Frau Vreni Kunz-Grädel sei nicht nur eine einfühlsame Musiklehrerin, sondern auch eine sehr begnadete Sopranistin. Frau Vreni Kunz-Grädel sowie ihr Mann, Martin Kunz-Grädel, würden Musik mit ausserordentlich viel Herzblut leben.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Vreni Kunz-Grädel (Sopran), **Herr Martin Kunz-Grädel** (Violine) und **Frau Judith Hefermehl** (Klavier) tragen aus der Operette "Zigeunerliebe" von Franz Lehár das Stück "Hör ich Cymbalklänge" vor.

 (Applaus)

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: Sie empfinde es als einzigartig, mit solch eindrücklicher Musik beschenkt zu werden. Als Dankeschön überreiche sie Frau Vreni Kunz-Grädel und Herrn Martin Kunz-Grädel einen speziellen weissen, reinen Stein, der einzigartig in die Höhe wachse, was dem Talent der beiden wunderbar entspreche.

(Applaus)

Stadtratsvizepräsident Daniel Steiner: Im Namen aller Anwesenden danke er Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber für die Einladung der "Kreuzfeldspatzen" zur ersten Sitzung des Politjahres 2012 und die gehaltene Amtsantrittsrede. Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber habe damit gezeigt, welche Werte ihr wichtig seien und wofür sie einstehe. Dass die Stadtratspräsidentin Beatrice Greber für ihre Themen - manchmal auch hartnäckig - einstehe, habe das Parlament schon oft erlebt. Ihm persönlich bleibe besonders ihr Engagement für sicheres Velofahren in Strassenkreiseln in Erinnerung. Aus diesem Grund überreiche er Frau Stadträtin Beatrice Greber als Geschenk Nummer eins einen "Kreisel" (auch "Hurllibueb" oder "Zwirbel" genannt). Aufgrund seiner roten Farbe passe er bestens zu ihrer Parteizugehörigkeit und ausserdem könne er ohne Zusatzressourcen von police bern (Zusatzinstruktoren) verwendet werden. Allenfalls könne sie den Kreisel auch zum Zeitvertrieb während den Stadtratssitzungen benutzen.

Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber müsse wahrscheinlich damit rechnen, dass das Stadtratsjahr 2012 kein gewöhnliches Politjahr sein werde. In einem Wahljahr werden intensivere - manchmal auch härtere Debatten geführt. Wahrscheinlich werden auch mehr Vorstösse eingehen und mehr Abstimmungen durchgeführt werden müssen. Denkbar sei, dass Frau Stadtratspräsidentin in diesen Sitzungen nicht "nur" als Moderatorin fungiere, sondern auch als Schiedsrichterin aktiv werden müsse. Da es für eine begeisterte Velofahrerin und eine aktuelle Stadtratspräsidentin nichts Geeigneteres als eine Klingel gebe, um die Sitzungen zu leiten, überreiche er Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber als Geschenk Nummer zwei eine Fahrradklingel zum Start ins Präsidialjahr. Mit dieser Klingel könne sie sich im Bedarfsfall Gehör verschaffen und diejenigen, die gerne und oft an das Rednerpult treten - wozu auch er sich zähle - auf die parlamentarischen Verkehrsregeln aufmerksam machen.

Im Namen aller Anwesenden wünsche er Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber ein konstruktives und spannendes Präsidialjahr. In Anlehnung an deren Velobegeisterung hoffe er, dass der Ratsbetrieb 2012 ohne Unfälle über die Bühne gehen werde, dass sie keine Bussen verteilen müsse, dass die Vortrittsregeln respektiert werden und dass alle immer Abstand halten und aufeinander Rücksicht nehmen.

(Applaus)

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- 38 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend
- 2 Mitglieder des Stadtrats sind entschuldigt abwesend
- 7 Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: Die Protokollführerin Gaby Heiniger führe nicht nur den Appell durch, sondern schreibe die Stadtratsprotokolle zuverlässig und seitenweise. Rückmeldungen erhalte sie selten, was zwar ein gutes Zeichen sei. Ihr gehöre jedoch ein grosses Dankeschön und ein kräftiger Applaus des Parlaments.

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Roland Christen
Elzweg 21
4900 Langenthal
Stadtrat SVP

Bärzelistag 2012

Büro Stadtrat
Stadtratspräsidentin Beatrix Greber
Jurastrasse 22
4900 Langenthal

Rücktritt aus dem Stadtrat von Langenthal / Demission als Mitglied der Theaterkommission

Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen

Ich teile Ihnen hiermit meinen Rücktritt aus dem Stadtrat per 1. Januar 2012 mit. Nach elf Jahren im Stadtrat, davon zwei Jahre als Fraktionspräsident, sechseinhalb Jahre als Parteipräsident und mittlerweile einem Jahr als Stadtratspräsident, plus Mitglied verschiedener Kommissionen und Ausschüsse gehöre ich im Parlament zur „alten“ Garde. Alles hat seine Zeit!

Mit meinem Rücktritt will ich einer Kandidatin, resp. einem Kandidaten frühzeitig die Möglichkeit geben, sich im Hinblick auf die bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen der Stadt Langenthal im Herbst 2012 in die Lokalpolitik einzubringen.

Aus der Theaterkommission trete ich auf Ende der Saison 2011/12, per 30. April 2012 aus.

Ich durfte in den vergangenen elf Polit-Jahren viel Schönes, Positives und Konstruktives erfahren. Viele Projekte durfte ich mithelfen zu starten und zu Ende zu führen. Ja, ich hatte als Parteipräsident und Stadtrat elf „fette und gute“ Jahre! Dafür danke ich den Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates, sowie den Kommissionsmitgliedern ganz herzlich.

Mein Dank gilt auch dem Stadtpräsident, dem Präsidialamt der Stadt, den Amtsvorstehern und den vielen Mitarbeitenden hinter den Kulissen, sowie den Medien.

Für die Zukunft wünsche ich der Stadt Langenthal nur das Beste und euch, liebe Kolleginnen und Kollegen viele anregende und konstruktive Diskussionen. Vergesst bei den vielen und heftigen Diskussionen die Menschen und den Humor nicht!

Freundliche Grüsse

Roland Christen

cc-Kopie an:
Stadtratspräsidentin 2012, Frau Beatrix Greber
Gemeinderätin Paula Schaub, Präsidentin Theaterkommission
Mitglieder der SVP Fraktion

Wie bereits eingangs erwähnt, sei der SVP-Stadtrat Roland Christen aus dem Stadtrat zurückgetreten.

Sie danke Roland Christen für sein grosses Engagement für die Stadt Langenthal und wünsche ihm alles Gute.

Der Stimmzähler, Herr Stadtrat Peter Moser (FDP), sei für die heutige Sitzung entschuldigt abwesend. Gemäss Artikel 15 der Geschäftsordnung des Stadtrates habe der Stadtrat eine stellvertretende Stimmzählerin oder einen stellvertretenden Stimmzähler zu bezeichnen. Die FDP/jll-Fraktion schlage Herrn Kurt Wyss (FDP) als stellvertretender Stimmzähler vor.

- **Dem Vorschlag, Herrn Stadtrat Kurt Wyss (FDP) als stellvertretender Stimmzähler einzusetzen, wird mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Alterszentrum Haslibrunnen: Genehmigung Projekt und Bewilligung Investitionskredit

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Reto Müller: Der Song *"Yesterday all my troubles seemed so far away ..."* treffe sinngemäss in etwa auch auf das vorliegende Thema zu. Ob allerdings das erste Stadtratsgeschäft im Jahr 2012 ähnlich viel Harmonie hervorrufe, wie die schönen Klänge zum Auftakt der heutigen Sitzung, werde sich noch weisen müssen.

Der Gemeinderat schliesse sich den von der Stadtratspräsidentin geäusserten guten Wünschen auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat an und hoffe auf dessen jeweils notwendige Unterstützung bei der Behandlung der Anliegen im Interesse der Stadt Langenthal. Persönlich hoffe er, dass der Stadtrat dem vorliegenden Projektvorschlag nicht die von der Stadtratspräsidentin erhaltenen Steine in den Weg lege.

Mit dem Projekt Alterszentrum Haslibrunnen werde die bestmögliche Form eines künftigen Betriebes und einer künftigen Trägerschaft gesucht sowie die Klärung sämtlicher Grundsatzfragen angestrebt, wie es der überwiesenen Motion als auch dem Postulat entspreche. Das Projekt habe im Gemeinderat mehrere Beratungsrunden durchlaufen, bevor es nun schlussendlich und einstimmig zum Vorschlag gekommen sei, wie er dem Stadtrat heute zur Beratung vorliege.

Die Situation im Markt der Alters- und Pflegeheime verlaufe in der Region - insbesondere in den letzten vier Jahren - sehr bewegt. Unter Anderem habe die Spital Region Oberaargau (SRO) den Bereich der Pflege und Wohnen im Alter in einer gemeinsamen Aktiengesellschaft mit dahlia zusammengelegt. Andererseits sei von den Genossenschaftsgemeinden des Oberaargauischen Pflegeheims Wiedlisbach (OPW) erst kürzlich beschlossen worden, den Betrieb des OPW an die dahlia AG zu vergeben. Die Versorgungsplanung des Kantons Bern und die Altersplanung der Region Oberaargau zeige - auch dadurch, dass die SRO beschlossen habe, in der Geriatrie 40 Betten in Langenthal nicht mehr zu belegen - dass in der "Altersleitbild-Region" Langenthal und Umgebung heute insgesamt eine Unterbelegung von 178 Betten bestehe.

Der Vergleich mit den Gemeinden, die der Altersleitbild-Region Langenthal angeschlossen seien, zeige, dass in der Stadt Langenthal eine planerische Verantwortung von rund 100 Betten bestehe, die neu wahrgenommen werden müsste. Um diesem Umstand und der demographischen Entwicklung sowie einer ausreichenden "Versorgung im Alter" in der Stadt Langenthal Rechnung zu tragen, habe der Gemeinderat Anfang 2010 das Ausbauprojekt des Alterszentrums Haslibrunnen um rund 45 Betten mehr (Ersatz der von der SRO abgebauten Betten) bzw. eine Vergrösserung auf maximal 153 Betten befürwortet. Bei einem Totalausbau würde dies zu einem Zuwachs von 99 Betten führen.

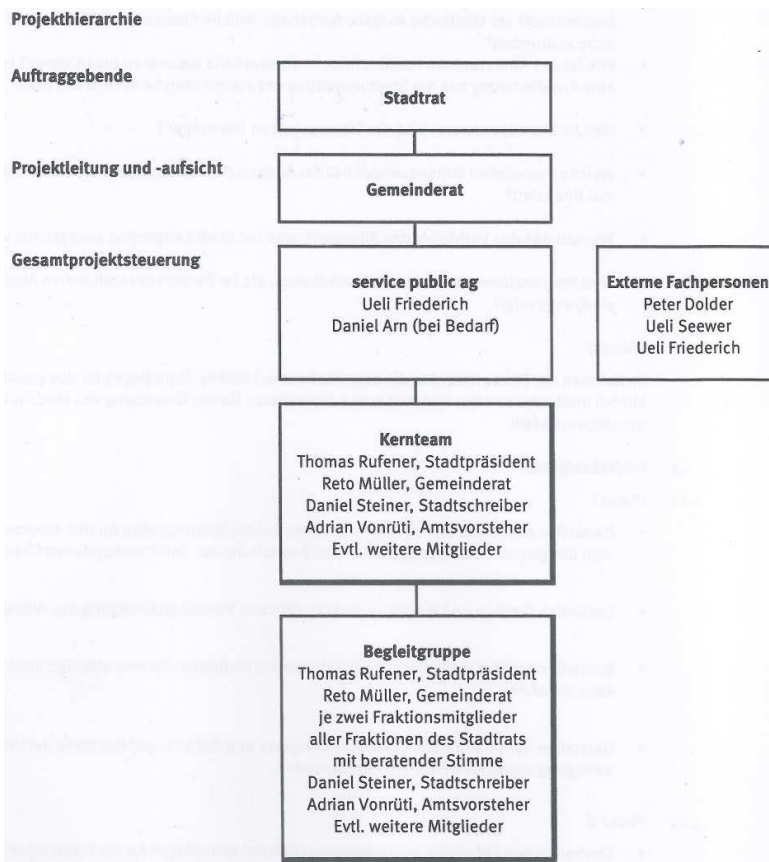
Der durchgeführte Architekturwettbewerb, welchem der Stadtrat zugestimmt habe, sei abgeschlossen und das Siegerprojekt ermittelt. Die 26 eingereichten Projekte inklusive deren Pläne und Modelle seien zur Zeit in der Truppenunterkunft zu besichtigen.

Was die betriebliche, organisatorische und finanzielle Ebene des künftigen Alterszentrums betreffe, so habe der Gemeinderat beschlossen, den damit verbundenen Anforderungen genügend Rechnung zu tragen, indem er dem Stadtrat beantrage, den Kredit in der Höhe von rund Fr. 167'000.00 zu bewilligen. Die Organisationsform sei auf Seite 8 des Berichts des Sozialamtes vom 27. September 2011 abgebildet (4.4 Projekthierarchie).



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012



Im Kernteam bestehe die Möglichkeit, nebst den bereits gesetzten, eventuell weitere Mitglieder zu benennen.

Dem Gemeinderat sei im Dezember 2010 eine erste Offerte der service public ag vorgelegen, welche vorgesehen habe, den ganzen Prozess im November 2012 wieder dem Stadtrat vorzulegen, um die ganze Phase I im Jahr 2012 abzuschliessen zu können. Diese erste Offerte hätte Kosten von Fr. 73'500.00 ausgelöst. Der Gemeinderat sei - auch in Reflexion der eingereichten Motion - aber zur Ansicht gelangt, dass mit diesem Vorgehen weder der geforderten Transparenz noch der Klärung von Grundsatzfragen genügend Rechnung getragen werden könnte, weshalb er die Offerte zurückgewiesen habe. Um Antworten auf offene Fragen - nebst der Rechtsträgerschaft auch hinsichtlich die Finanzierung etc. - zu erhalten, sei im April 2011 eine weitere Offerte bei der service public ag eingeholt worden.

Der Gemeinderat lege dem Stadtrat die Grundsatzfragen bewusst noch einmal vor, um auf dieser Grundlage eine Diskussion führen zu können, wohin das Projekt führen soll.

Damit die service public ag die notwendigen Ressourcen zur Verfügung erhalte, um all die Grundsatzfragen klären zu können, habe das Sozialamt beantragt, nebst der service public ag auch Peter Dolder als weiteren externen Experten beizuziehen. Die service public ag habe sich für dieses Vorgehen entschieden. Herr Peter Dolder habe bereits im Jahr 2008 bei der Erarbeitung des Altersleitbildes der Stadt mitgewirkt und eine Studie erstellt. Herr Peter Dolder habe die ganze Altersplanung der Region Oberaargau vorgenommen, so dass mit ihm sicher der Experte auf dem Platz verpflichtet würde.

Am 30. Juni 2011 sei die zweite Offerte der service public ag eingegangen, mit welcher sämtliche Fragen geklärt werden sollen (Betrieb, Finanzierung mit Businessplan, künftige Organisation und Trägerschaft/ Rechtsform). Die günstigere Offerte (Dezember 2010) habe nur die Rechtsform betroffen.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

5.1 Projektschritte und Aufwand Phase I

Was?	Wer?	(Bis) Wann?	Aufwand in Tagen
1 Antrag an Stadtrat (Projektkredit)	Stadtverwaltung		
2 Beschluss Projektorganisation und Projektkredit	Stadtrat	19. September 2011	
3 Studium bisher erarbeitete Unterlagen	Externe Begleiter	September 2011	1.0 (F/S)
4 Kickoff-Sitzung: • Beschluss detaillierte Projektorganisation und Projektschritte, im Rahmen der Beschlüsse Stadtrat • Erteilen konkrete Aufträge an GPS und externe Begleiter	Kernteam Externe Begleiter: Teilnahme Sitzung, Vor- und Nachbereitung	Oktober 2011	1.5 (F/S, evtl. A)
5 Konstituierende Sitzung • Information Projektablauf • Entgegennahme Erwartungen Mitglieder Begleitgruppe	Begleitgruppe Externe Begleiter: Teilnahme Sitzung, Vor- und Nachbereitung	November 2011	1.5 (F/S, evtl. A)
6 Vorbereitung Workshop (Ziff. 7)	Kernteam Begleitgruppe	November / Dezember 2011	2.5 (F/S)
7 Workshop • Auslegeordnung rechtliche Rahmenbedingungen und Situation Altersbetreuung in Region Oberaargau • Diskussion Grundsatzfrage: Führen Alterszentrum als Aufgabe der Stadt Langenthal?	Begleitgruppe Kernteam Externe Begleiter: Teilnahme Sitzung, Nachbereitung	Januar 2012	1.0 (F/S)
8 Teilbericht „Finanzbedarf / Businessplan“	Externe Begleiter (Dolder)	Februar 2012	
9 Teilbericht „Auslegeordnung Rechtsformen“ • Mögliche Grund-Modelle für Trägerschaft • Mögliche Rechtsformen im Fall der Vorseלבständigung	Externe Begleiter (Friederich)	Februar 2012	4.0 (F)
10 Diskussion Teilberichte „Finanzbedarf / Businessplan“ und „Auslegeordnung Rechtsformen“	Kernteam Externe Begleiter: Teilnahme Sitzung, Vor- und Nachbereitung	März 2012	1.0 (F/S)
11 Weiterbearbeitung Teilberichte „Finanzbedarf / Businessplan“ und „Auslegeordnung Rechtsformen“	Externe Begleiter (Dolder, Friederich, z.T. Seewer)	März / April 2012	2.0 (F/S)
„Finanzbedarf / Businessplan“ und „Auslegeordnung Rechtsformen“, Ergänzung vom Vorschlägen Finanzierung und Grund-Modell für Rechtsträgerschaft	(Dolder, Friederich, z.T. Seewer)		(F/S)

Was?	Wer?	(Bis) Wann?	Aufwand in Tagen
12 Diskussion Teilberichte und Vorschläge, Anträge an Begleitkommission	Kernteam Externe Begleiter: Teilnahme Sitzung, Vor- und Nachbereitung	Mai 2012	1.0 (F/S)
13 Diskussion Teilberichte, Grundsatzbeschlüsse betreffend Finanzierungskonzept und Grund-Modell für Rechtsträgerschaft	Begleitgruppe Kernteam Externe Begleiter: Teilnahme Sitzung, Vor- und Nachbereitung	Juni 2012	1.0 (F/S)
14 Kenntnisnahme und Verabschiedung Teilberichte zuhanden Vernehmlassung	Gemeinderat	August 2012	1.0 (F/S)
15 Informationsveranstaltung für politische Parteien und evtl. weitere Interessierte	Begleitgruppe Gemeinderat Kernteam Externe Begleiter: Vorbereitung und Teilnahme	August 2012	1.0 (F/S)
16 Vernehmlassung bei politischen Parteien und evtl. weiteren Interessierten	Verwaltung	Bis Ende Oktober 2012	
17 Auswerten Ergebnisse Vernehmlassung, soweit erforderlich Anpassen Teilberichte und Empfehlungen	Kernteam Externe Begleiter	November 2012	1.5 (F)
18 Diskussion Ergebnisse Vernehmlassung, Verabschiedung Teilberichte	Begleitgruppe Kernteam Externe Begleiter: Teilnahme Sitzung, Vor- und Nachbereitung	Dezember 2012	1.0 (F)
19 Kenntnisnahme und Diskussion Ergebnisse Vernehmlassung, Unterbreiten Teilberichte an Stadtrat, evtl. Mitbericht Gemeinderat	Gemeinderat	Januar 2013	0.5 (F)
20 Grundsatzbeschluss Finanzierungskonzept und Grund-Modell Rechtsträgerschaft	Stadtrat	März 2013	
21 Zusatzaufwand Redaktion / Überarbeiten Teilberichte, Redaktion Bericht an Stadtrat			2.0 (F)
22 Zusatzaufwand weitere, bisher nicht berücksichtigte Sitzungen (z.B. Koordination mit Kernteam, Kommissionssitzungen Stadtrat)			2.0 (F/S)
23 Arbeitsreserve			1.5
Total Aufwand Phase I			27.0

In Punkt 2 sei ersichtlich, dass der Projektstart rund drei Monate später erfolgt sei, als geplant. Wenn der Vorlage heute Abend zugestimmt werde, könnte die Kickoff-Sitzung (Punkt 4) in zirka einem Monat stattfinden.

Punkt 15 weise auf eine Informationsveranstaltung für politische Parteien und evtl. weitere Interessierte hin, was gegenüber der ersten Offerte zu Mehraufwand führe und mit Mehrkosten verbunden sei.

Das Programm sei relativ straff. Bis zur Durchführung der Vernehmlassung innerhalb der politischen Parteien (Punkt 16) finden praktisch jeden Monat Sitzungen statt. Wie sich die dreimonatige Verzögerung auf den Zeitplan auswirke, könne in etwa abgeschätzt werden.

Aus der Presse - sowie von einigen Stadt- und Gemeinderäten - habe vernommen werden können, dass der geplante Prozess zu lange dauere und zu teuer sei, zumal die erste Offerte nicht mehr Gegenstand der heutigen Debatte sei. An dieser Stelle halte er fest, dass im beantragten Kredit von Fr. 167'000.00, die Kosten der Phase II bereits enthalten seien. Auf wie viel sich die Kosten für die Phase I genau belaufen, könne er heute Abend weder beziffern, noch seien sie ihm bekannt. Der Gemeinderat beantrage deshalb und in aller Transparenz die Kosten für beide Phasen des Projektes zu bewilligen. Dem Gemeinderat sei natürlich klar, dass - falls der Stadtrat die Beibehaltung des Status Quo beschliessen würde - im Anschluss an die Phase I keine Volksabstimmung durchgeführt werden müsste. Demgemäss würde das Geld für die Phase II natürlich auch nicht ausgeben.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Sollte der Stadtrat heute eine zeitliche oder eine finanzielle Redimensionierung beschliessen, könne wahrscheinlich davon ausgegangen werden, dass die ganze Vorlage in die Beschlusseskompetenz des Gemeinderates zu liegen käme und sich somit nicht mehr in der Beschlusseskompetenz des Stadtrates befinden würde.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Die Geschäftsprüfungskommission habe sich von Gemeinderat Reto Müller und von Stadtschreiber Daniel Steiner orientieren lassen. Die in der Geschäftsprüfungskommission gestellten Fragen hätten sich schwerpunktmässig auf die beträchtlich aufwändige Projektorganisation bezogen. Dies unter der Prämisse, dass es nicht um irgendwelche konzeptionelle, betriebliche, komplexe, aufwändige oder bauliche Entscheide gehe, wie dies beim Stadttheater der Fall sei, sondern, dass nur rechtliche und finanztechnische Frage zu klären seien.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich besonders dafür interessiert, warum das Geschäft erst jetzt vorliege, nachdem der Gemeinderat dem Sozialamt bereits im August 2009 einen klaren Auftrag zur Ausarbeitung einer Projektorganisation erteilt habe. Diese Frage sei damit beantwortet worden, dass das Sozialamt offenbar zuerst eine rein interne Projektorganisation - wie sie beispielsweise bei der Auslagerung des PvB maximum und beim Vormundschafswesen zur Anwendung komme - vorgeschlagen habe. Der Gemeinderat habe aber - nicht zuletzt aufgrund der zwei überwiesenen Vorstösse - entschieden, eine politisch breit abgestützte Projektorganisation mit Einbezug der Stadtratsfraktionen aufgleisen zu wollen.

Mit der jetzt vorgeschlagenen Projektorganisation werde ein neuer Weg zur politischen Entscheidungsfindung beschritten. Anstatt ein vom Gemeinderat vorberatedes und verabschiedetes Geschäft dem Stadtrat als zuständiges Gremium vorzulegen, werde für dieses besonders delikate Geschäft nun quasi eine neue vorberatende Instanz eingeschaltet, was mit einem Vorkauen eines happigen Brockens verglichen werden könne. Die Alternative zu diesem neuen Vorgehen - welches vom Gemeinderat auch schon für die Sanierung des Stadttheaters angewendet worden sei und von diesem nun schon wieder praktiziert werden möchte - könnte darin bestehen, ein Verfahren mit einer direkten Vernehmlassung durchzuführen. Gemeinderat Reto Müller habe erwähnt, dass später eine Vernehmlassung durchgeführt werde. Seiner Ansicht nach könnte eine direkte Vernehmlassung aber bereits jetzt aufgelegt werden. Eine Vernehmlassung sei aber klar weniger kommunikativ und weniger transparent und die Mitsprache sei dadurch weniger offen deklarierbar.

Nicht anwendbar wäre ein parlamentarischer Prozess mit zwei Lesungen durchzuführen. Dieses Entscheidungsfindungsverfahren wäre nicht geeignet, um eine Vorlage von Grund auf neu zu beraten, da in einer zweiten Lesung nur noch kleine Änderungen an der Vorlage vorgenommen werden sollten, die in der ersten Lesung beschlossen worden seien.

Die jetzt vom Gemeinderat vorgeschlagene Projektorganisation sei zeitlich aufwändig und teuer, berücksichtige aber den Wunsch des Parlaments, vermehrt und frühzeitig Einfluss auf ein anrollendes Geschäft nehmen zu können. Auf kantonaler Ebene würden schon seit langer Zeit für besondere Geschäfte auch besondere vorberatende Kommissionen gebildet. Auch diese Gremien seien jeweils mit Fachleuten und mit Mitgliedern aus dem Parlament bestückt.

Die Geschäftsprüfungskommission sei sich bewusst, dass sich hinter dem abstrakten Begriff "Projektorganisation für das Alterszentrum Haslibrunnen" ein neuer Weg zur politischen Entscheidungsfindung verstecke. Die Geschäftsprüfungskommission habe einstimmig festgestellt, dass formell keine Einwände gegen das vorgeschlagene Vorgehen anzubringen seien. Sollte der Gemeinderat dieses Vorgehen jedoch zu einer gängigen Praxis machen wollen, wären die entsprechenden Kosten und der Nutzen sicher im Auge zu behalten.

Persönlich habe er abgeklärt, ob das Beratermandat der service public ag tatsächlich im freien Verfahren, direkt und ohne Alternativofferte vergeben werden könne. Der Hintergrund sei der, dass die Fr. 107'000.00 für das Mandat gemäss Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen vom 1. Januar 2003 im Bereich des Einladungsverfahrens liegen, wonach das Mandat nicht einfach so und ohne mindestens zwei Konkurrenzofferten vorliegend zu haben, vergeben werden könne.



Für die im Submissionsgesetz festgelegten Schwellenwerte gelte aber das Nettoprinzip. Demnach müsse von den Fr. 107'000.00 die Mehrwertsteuer abgezogen werden, womit das Kostendach exakt netto auf Fr. 98'440.00 zu stehen komme. Davon können auch noch die Spesen abgezogen werden, so dass sich der Betrag auf etwa Fr. 98'000.00 belaufe. Ob dieser Betrag bewusst so gewählt worden sei, um dem Submissionsgesetz Genüge zu tun, oder ob die Fr. 107'000.00 einer präzisen Budgetierung entsprechen, könne und wolle er an dieser Stelle nicht beurteilen, da er dies als eine Sache der Finanzkommission erachte.

Rudolf Lanz, FDP/jll-Fraktion: Im Namen der FDP/jll-Fraktion danke er dem Gemeinderat für die Vorbereitungsarbeiten zu diesem Geschäft. Die heutige Vorlage leite Abklärungen in die Wege, die einerseits aus dem Postulat Zurlinden und Lanz betreffend die Rechtsform und die Trägerschaft hervorgehen. Andererseits werde damit erfreulicherweise aber auch die Motion Lanz betreffend die Information und den umfassenden Einbezug des Parlaments (zur Aussage der Investitionshöhe, zur Finanzierung, zur Auswirkung auf andere Projekte, zur Vermögens- und Finanzlage der Stadt Langenthal) sowie das Verbot, keine Präjudizien zu schaffen, erfüllt. Trotzdem werde die FDP/jll-Fraktion von der Vorlage nicht ganz zufrieden gestellt, weshalb sich die FDP/jll-Fraktion veranlasst sehe, zu den Anträgen des Gemeinderates einige Abänderungsanträge einzureichen. In diesem Zusammenhang danke er der Stadtratspräsidentin Beatrice Greber und insbesondere auch der stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi Walder herzlich, für die vorgängige Prüfung und die Stellungnahme zu den Anträgen.

Das Geschäft "Alterszentrum Haslibrunnen" sei in diesem Saal das letzte Mal am 29. November 2010 besprochen worden. Er habe damals zugegebenermassen ein langes Votum darüber abgehalten. Seine damaligen Aussagen würden aber nach wie vor Gültigkeit haben. Heute sei das Projekt etwas weiter fortgeschritten. Die Resultate des Projektwettbewerbs liegen bereits vor und führe zu zwei Erkenntnissen:

- Der Ausbau von heute 53 auf 152 auf dem Gebiet des Alterszentrums Haslibrunnen sei möglich
- Sollte das Projekt realisiert werden, sei mit einem Investitionsvolumen von Fr. 36 Mio. zu rechnen. Ob die Möblierung in diesem fundamentalen Betrag inbegriffen sei, sei dahingestellt.

Die erforderlichen Investitionen und die damit verbundenen Finanzierungsfragen beschränke die Möglichkeiten der Stadt Langenthal, die Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren und beeinflusse den Projektverlauf massgebend. In diesem Zusammenhang seien zwei Punkte bedauerlich:

- Die FDP/jll-Fraktion hätte erwartet, dass der Investitionsbetrag nicht nur in der Berner Zeitung vom 12. Januar 2012 ersichtlich gewesen wäre, sondern, dass dieser auch in der gemeinderätlichen Vorlage erwähnt worden wäre.
- Wie von Gemeinderat Reto Müller erwähnt, liege heute ein Antrag zur Projektorganisation vor, in welcher zwar sehr viele Personen und Ämter einbezogen worden seien, wobei aber zwei wichtige und unerlässliche Funktionen aussen vor gelassen worden seien. Wenn als Mitglied des Kernteams und der Begleitgruppe nebst dem Stadtpräsidenten und dem Stadtschreiber explizit auch der Vorsteher des Sozialamtes und der zuständige Gemeinderat vorgesehen seien, dann sei es zwingend erforderlich - angesichts der finanziellen Tragweite dieses Projektes - dass diesen Gremien auch der Vorsteher des Finanzamtes und der für die Finanzen zuständige Gemeinderat angehören. Diese beiden Personen seien in das Projekt zu integrieren, da sie eine Mitverantwortung zu tragen haben. Die FDP/jll-Fraktion werde einen entsprechenden Antrag stellen.

Der Einbezug des Finanzamtvorstehers und des zuständigen Gemeinderates dränge sich angesichts der Projektzielsetzungen der Projektphase I gerade zu auf. Die Gemeinde müsse diesbezüglich Verantwortung tragen und die beiden Verantwortlichen einbeziehen. Wenn in einem Industriebetrieb Investitionen vorgenommen werden, sei der Finanzchef auch mit von der Partie. Die Entscheidung, ob allenfalls und fallweise noch weitere Persönlichkeiten beizuziehen seien oder nicht, könne nicht dem Gemeinderat überlassen werden.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Die Aufbauorganisation gemäss Ziffer 4 des Berichtes vom 27. September 2011 sei unter der Auflage, dass die vorewähnten Finanzvertreter miteinbezogen werden, angemessen. Die Aufbauorganisation, die jener des Stadttheater-Projektes ähnele, trage massgeblich dazu bei, dass das Postulat Zurlinden und Lanz (zur Rechtsform) als auch das Postulat Lanz berücksichtigt werden könne.

Ablauforganisation: Die FDP/jll-Fraktion begrüsse ausdrücklich die Projektzielsetzungen und die Projektaufgaben der Phase I. Die Zustimmung zur Phase II falle der FDP/jll-Fraktion dagegen viel schwerer. Natürlich müsse das Projekt nach der Phase I weiterverfolgt und umgesetzt werden. Die Phase II hänge aber wesentlich vom Resultat und von den Ergebnissen der Phase I ab, die heute aber noch nicht definitiv bestimmt werden können. Für die Phase II seien komplett andere Aufgaben gefordert. Es sei ein Unterschied, ob die Stadt Langenthal den Bau des Alterszentrum in eigener Regie vornehmen wolle, oder ob sie den Bau einem Dritten überlassen wolle, was die Ausarbeitung anderer Verträge erfordere und somit heute noch nicht definitiv geregelt werden könne. Seiner Meinung nach sei dieser Punkt nachbesserungsbedürftig. Dass der Gemeinderat bereits jetzt schon entsprechende Aufgaben definiere, erachte er als unmöglich. Dieses Vorgehen werde dem Ergebnis nicht gerecht. In diesem Zusammenhang erlaube er sich im Sinne eines Exkurses auf die strategischen Leitsätze der Stadt Langenthal hinzuweisen, in denen unter Anderem vorgesehen sei, das Prinzip der Subsidiarität weiterzuverfolgen. Zitat: *"Die Stadt wirkt subsidiär zu anderen öffentlichen und privaten Dienstleistern und ergreift Initiative, wo der Markt nicht spielt und wo das Angebot die Bedürfnisse nicht zu befriedigen vermag."*

An dieser Stelle erwähnenswert sei Herzogenbuchsee, wo auch 80 neue Heim-Pflegeplätze angeboten werden müssen. Herzogenbuchsee habe sich mit den umliegenden Gemeinden zusammengetan, um das Projekt gemeinsam zu realisieren. Herzogenbuchsee habe aber auch - wie ihm die Gemeindepräsidentin von Herzogenbuchsee, Frau Charlotte Ruf, bestätigt habe - fünf private Pflegeorganisationen zur Angebotseinreichung eingeladen und diese angefragt, ob sie die Dienstleistung erfüllen könnten. Herzogenbuchsee habe entsprechende Angebote erhalten, mit dem Resultat, dass Herzogenbuchsee heute keinen einzigen Franken in zusätzliche Betten investieren müsse und demgemäss auch das Risiko dafür nicht tragen müsse. Er lade die heute anwesenden Medienvertretenden dazu ein, sich einmal in Herzogenbuchsee umzuschauen und einen entsprechenden Bericht darüber zu schreiben, worin die Differenzen zwischen Langenthal und Herzogenbuchsee liegen, was sehr viel zur Meinungsvielfalt und -bildung beitragen würde.

Die FDP/jll-Fraktion beantrage deshalb, das Projekt vorerst auf Phase I zu beschränken. Das Projekt soll aber bis am 31. Dezember 2012 umgesetzt und abgeschlossen werden. Begründet werde dieser Antrag damit, dass das Parlament noch bis am 31. Dezember 2012 in der heutigen Zusammensetzung funktioniere. Die FDP/jll-Fraktion wolle das heute bestehende Wissen nutzen, und nicht auf neue Köpfe warten müssen, womit der Prozess verlängert werde.

Kosten: Die Fr. 167'000.00 scheinen hoch und lassen die Befürchtung zu, dass unproduktive Redundanzen seitens der beigezogenen Berater entstehen könnten. Auch die Schaffung einer 10%-Stelle sei nicht ohne Weiteres einzusehen, zumal die konkreten Aufgaben der Stelle nicht bekannt seien. Aus den Unterlagen würden jedenfalls keine diesbezüglichen Angaben hervorgehen.

Falls sich das Parlament dem Antrag der FDP/jll-Fraktion anschliesse, erübrige sich eine Diskussion über die Kosten, weil diese dann nicht mehr im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates wären, sondern in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates fallen würden. Herr Gemeinderat Reto Müller habe in seinem Votum bereits darauf hingewiesen.

Nach Meinung der FDP/jll-Fraktion könne zur Zeit nur die Phase I des Projektes richtig geplant werden, weil die Unwegbarkeiten der Phase II zum jetzigen Zeitpunkt zu hoch seien. Die FDP/jll-Fraktion schlage deshalb vor, die Phase I bis am 31. Dezember 2012 abgeschlossen zu haben.



Die FDP/jll-Fraktion reiche insgesamt folgende **3 Anträge** ein:

■ **Antrag 1 der FDP/jll-Fraktion (zum Beschlussesentwurf, Ziffer 1.)**

1. Der Stadtrat nimmt von den Ausführungen des Berichtes vom 27. September 2011 betreffend das Projekt "Alterszentrum Haslibrunnen" Kenntnis.

Der Unterschied bestehe eigentlich darin, dass "in zustimmendem Sinne" aus dem Text gestrichen werde, da die FDP/jll-Fraktion diverse Änderungsanträge an der Vorlage anbringen werde.

■ **Antrag 2 der FDP/jll-Fraktion (zum Beschlussesentwurf, Ziffer 2.):**

2. Die Projekthierarchie gemäss Ziffer 4.4 dieses Berichtes vom 27. September 2011 wird unter der Auflage, dass das Kernteam und die Begleitgruppe um Jürg Häusler, Gemeinderat und Mark Bucher, Amtsvorsteher Finanzen, erweitert wird, genehmigt.

(Fortsetzung: siehe Antrag 3 der FDP/jll-Fraktion)

Weil die finanziellen Folgen derart schwergewichtig seien, müssen die beiden für die Finanzen der Stadt Verantwortlichen in das Projekt einbezogen werden.

■ **Antrag 3 der FDP/jll-Fraktion (zum Beschlussesentwurf, Ziffer 2.) (Ergänzung):**

Die Abwicklung des Projektes soll sich vorerst auf Phase I beschränken. Zeitlich soll diese spätestens am 31. Dezember 2012 abgeschlossen sein.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstütze die Abklärungen über die zukünftige Trägerschaftsform des Alterszentrums Haslibrunnen grundsätzlich sowie sie auch den Vorstoss von Stadtrat Rudolf Lanz und Urs Zurlinden unterstützt habe.

Der Investitionsbedarf für den Heimausbau respektive den Heimneubau von rund Fr. 36 Mio., der Wegfall der kantonalen Finanzgarantien für den Betrieb und die Investitionen sowie die Tatsache, dass im Kanton Bern nur noch rund fünf Heime als Gemeindebetriebe organisiert seien, rechtfertige nach Meinung der SVP-Fraktion die Aufwendungen für die Abklärungen durch externe Experten. Dieses Vorgehen habe sich bereits beim Theaterprojekt als nützlich erwiesen. Für die SVP-Fraktion sei die Darlegung organisatorischer und finanziellen Konsequenzen möglicher Modelle wichtig. Die SVP-Fraktion möchte zu drei möglichen Szenarien Antworten erhalten:

- Fortführung des Gemeindebetriebes
- Ausgliederung des Gemeindebetriebes in eine Aktiengesellschaft oder in eine Stiftung
- Die Übertragung des Heimbetriebes an eine bestehende, weitere Trägerschaft.

Weil die SVP-Fraktion nicht mehr wisse, als den Grundlageakten entnommen werden könne, habe keine Gewichtung und Bewertung der Szenarien vorgenommen werden können. Die SVP-Fraktion wolle aber schlüssige Antworten in finanzieller und in organisatorischer Hinsicht erhalten. In diesen zwei Bereichen seien die Abklärungen schwergewichtig anzusetzen.

Die juristischen Unterschiede der verschiedenen Rechtsformen seien in Langenthal bereits mehrmals (Projekte: IBL, Theater usw.) abgeklärt worden. Die entsprechenden Resultate könnten - wenn Kosten gespart werden möchten - von der Stadtverwaltung aufbereitet werden. Nach Ansicht der SVP-Fraktion würde es dazu keine Experten mehr brauchen. Demgegenüber bestehe aber wichtiger Klärungsbedarf in organisatorischer und betrieblicher Hinsicht, um zu wissen, was es dazu brauche, einen doppelten oder dreifach vergrösserten Betrieb führen zu können und welche Auswirkungen dies auf die Gemeindefinanzen haben könne.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Die SVP-Fraktion sei bereit in einer Begleitgruppe mitzuwirken. Ein Knackpunkt werde aber bestimmt die Zeit und die ablaufende Legislaturplanung darstellen. Obwohl bereits drei Monate verloren gegangen seien, scheine es in Anbetracht anderer Prozesse eigentlich möglich, den Zeitplan für die Phase I so zu straffen, um die Vernehmlassung sowie die Beschlussfassung über das Modell noch vor dem Ende des laufenden Jahres durchführen zu können.

Persönlich habe er das Gefühl dass - vor Allem wenn eine Ausgliederung vorgenommen würde, oder wenn sogar ein dritter Träger beigezogen würde - die Phase II eher länger und teurer würde, weil der Erklärungsbedarf gegenüber der Bevölkerung mehr Zeit in Anspruch nehmen könnte, als dies heute geplant sei.

Betreffend die finanziellen Aspekte der Modellwahl sei auch in der SVP-Fraktion der Wunsch geäussert worden, das Kernteam um den Ressortvorsteher sowie den Finanzamtvorsteher zu ergänzen. Demgemäss unterstütze die SVP-Fraktion den Antrag 2 der FDP/jll-Fraktion.

Die SVP-Fraktion erachte das Alterszentrum Haslibrunnen nicht als Sozialamtgeschäft, sondern als ein Geschäft der Stadt. Die interne Projektleitung müsse in erster Linie beim Stadtpräsidenten liegen und die administrative Leitung sollte entweder im Präsidialamt oder im Finanzamt (einem zentralen Amt) stattfinden. Projektorganisationen grosser Projekte sollten möglichst ähnlich oder möglichst gleich wie die anderer grosser Projektorganisationen gestaltet werden. Aus diesem Grund sei es der SVP-Fraktion wichtig, dass der Ressortvorsteher Finanzen und der Finanzamtvorsteher im Ausschuss mitwirken.

In diesem Zusammenhang kritisiere er persönlich, dass beim Projekt des Stadttheaters bis auf die recht dürftig ausgefallenen Abklärungen im finanziellen Bereich, eigentlich alles gut sei. Die Finanzkommission habe einigermaßen Mühe und werde auch künftig mit den erhaltenen Werten Mühe bekunden, wenn im Rat ein entsprechender Beschluss gefasst werden soll.

Die SVP-Fraktion sei grundsätzlich mit dem Projektauftrag einverstanden. Im Sinne seiner Ausführungen werde die SVP-Fraktion die Anträge der FDP/jll-Fraktion bezüglich die Terminierung (Antrag 3), die Projektorganisation (Antrag 1) und die Einsitznahme des Ressortvorsteher Finanzen und Finanzamtvorsteher (Antrag 2) unterstützen. Die SVP-Fraktion erachte die Anträge als zweckmässig. Auch die SVP-Fraktion sei der Meinung, zuerst die Phase I durchzuführen und dann das Ergebnis abzuwarten, bevor im Rat die nötigen Grundsatzbeschlüsse zur Phase II gefasst werden. Persönlich habe auch er das Gefühl, dass - abhängig von der noch zu wählenden bzw. umzusetzenden Variante - die Beraterleistungen unterschiedlich ausfallen werden.

Aus den Unterlagen gehe der Vorschlag des Gemeinderates heraus, den Projektkredit über die Investitionsrechnung abzuschreiben. Wenn er die Praxis bedenke, die im letzten Jahr bei der Schenkung an die Alte Mühle angewandt worden sei, müsste seiner Meinung nach eigentlich der Projektierungskredit über die Jahresrechnung abgerechnet werden. Er hoffe diesbezüglich von Gemeinderat Reto Müller oder einem anderen Gemeinderat eine entsprechende Erklärung zu erhalten.

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Dank den schönen Worten von Vize-Stadtratspräsident Daniel Steiner könne er sein einleitendes und erstes Votum des Jahres ziemlich verkürzt vorbringen, ohne jedoch darauf verzichten zu wollen, Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber im Namen der SP/GL-Fraktion offiziell ein gutes Jahr zu wünschen und ihr die Unterstützung der Fraktion zu versichern.

Die SP/GL-Fraktion danke allen an der Erarbeitung der Vorlage Beteiligten. Das Alterszentrum Haslibrunnen und die damit verbundenen Diskussionen über die Rechtsform, die Trägerschaft etc. habe die SP/GL-Fraktion bereits in mehreren Fraktionssitzungen beschäftigt. Die verschiedenen eingereichten Parlamentarischen Vorstösse bürgerlicherseits zeigen die Aktualität des Geschäfts und den grossen vorhandenen Abklärungsbedarf. Entsprechender Handlungsbedarf sei klar gegeben, weshalb die SP/GL-Fraktion die Prüfung unterstütze.

Wie von den Vorrednern bereits erwähnt, befinde sich das Geschäft seit längerem "auf dem Schlitten", so dass die Zeit gekommen sei, einen Grundsatzentscheid zu fällen. Da es dabei auch um einen emotionalen politischen Entscheid gehe, begrüsse die SP/GL-Fraktion die Idee, eine politische Begleitgruppe einzusetzen.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Fr. 167'000.00 seien viel Geld. Die SP/GL-Fraktion erachte das vorgeschlagene Vorgehen aber als gut und vor Allem als demokratisch gut abgestützt. Demgemäss soll das Geschäft nun effizient und ohne grössere Unterbrüche durchgeführt werden.

Die SP/GL-Fraktion stimme der Vorlage zu, kritisiere an dieser Stelle aber trotzdem einen Punkt:

- Dass die Begleitgruppe aus zwei Mitgliedern jeder Fraktion bestehe, werde von der SP/GL-Fraktion voll und ganz unterstützt. Die SP/GL-Fraktion fordere jedoch, dass zumindest eines dieser beiden Mitglieder der Fraktion angehören müsse. Die Überlegung, die hinter dieser Forderung stecke, sei die, dass die künftige Begleitgruppe Fragen behandeln müsse, die seriös - wenn nicht sogar professionell - erarbeitet werden sollen. Deshalb mache es Sinn, auch andere Parteimitglieder (beispielsweise ein Mitglied mit einem thematisch verwandten beruflichen Hintergrund) in die Gruppe schicken zu dürfen. Mit der Entsendung mindestens eines Fraktionsmitgliedes, könne die wichtige Kommunikation zwischen der Begleitgruppe und den Fraktionen gewährleistet werden.

Antrag SP/GL-Fraktion (zum Beschlussesentwurf, Ziffer 2.)(Ergänzung)

Die SP/GL-Fraktion beantragt dem Stadtrat, dass die "politische" Begleitgruppe aus zwei Parteimitgliedern aller Fraktionen des Stadtrats besteht. Mindestens ein Parteimitglied muss der Fraktion angehören.

Im Sinne einer seriösen und sachpolitischen Lösungsfindung hoffe die SP/GL-Fraktion, dass der Antrag von den anderen Fraktion breit unterstützt werde.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Aufgrund der Tragweite der politischen Vorgeschichte dieses Geschäfts, sei der vom Gemeinderat vorgeschlagene Weg sicher der richtige. Andere wichtige Projekte hätten gezeigt, dass eine frühe Einbindung aller politischen Parteien und die Einbindung der Bevölkerung richtig sei und am Schluss zu einem guten und breit abgestützten Resultat führe. Dieses Vorgehe dauere zwar vordergründig etwas länger, sei jedoch - bei genauer Betrachtung - im Nachhinein die schlankere und schnellere Version, weil dem Stadtrat dadurch gewisse wiederkehrende Geschäfte erspart werden können.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die vorliegende Projektorganisation und werde der Vorlage zustimmen. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze aber auch die drei Anträge der FDP/jll-Fraktion und den Antrag der SP/GL-Fraktion.

Die in den Anträgen enthaltenen Punkte seien in der EVP/glp-Fraktion auch Gegenstand von Diskussionen gewesen. Die EVP/glp-Fraktion sei keine grosse Fraktion und trotzdem in mehreren Ausschüssen mit zwei Mitgliedern vertreten, was sich zum Teil etwas schwierig gestalte. Demgemäss wäre die EVP/glp-Fraktion froh, allenfalls eine oder zwei Personen anderer Parteien einbinden zu können. Die EVP/glp-Fraktion danke den für die Erarbeitung und die Organisation der Vorlage Verantwortlichen.

Im Namen der EVP/glp-Fraktion wünsche auch er Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber ein schönes, gutes, interessantes und spannendes Jahr.

Stefan Ryser: Der Antrag 3 der FDP/jll-Fraktion (Beschränkung des Projektes auf Phase I) werfe in ihm Fragen auf:

- a) Kann die Trennung der Phase I von der Phase II zu einer Verzögerung irgend welcher Art führen, was dem Bestreben der FDP/jll-Fraktion, das ganze Projekt eigentlich beschleunigen zu wollen, nicht entspreche. Seiner Ansicht nach hätte die Trennung zur Folge, dass für die Phase II neue Dokumente, neue Gesichtspunkte vorliegen würden, was sich verzögernd aufs Ganze auswirken würde.
- b) Was bringt eine Trennung der Phase I und der Phase II, ausser dass der Gemeinderat neu für den Kredit zuständig werde?



Markus Gfeller: Aus Sicht der FDP/jll-Fraktion laute die Antwort auf die zwei Fragen von Stadtrat Stefan Ryser wie folgt:

- a) Die FDP/jll-Fraktion wolle keine Verzögerung. Abklärungen der FDP/jll-Fraktion hätten ergeben, dass - unabhängig des vorliegenden Antrages - geplant sei, das Geschäft nach Phase I dem Stadtrat vorzulegen. Erst im Anschluss daran sei vorgesehen, Phase II anzugehen. In diesem Sinne erkenne die FDP/jll-Fraktion keine Verzögerung. Nach Ansicht der FDP/jll-Fraktion werde nach Phase I entsprechendes Wissen vorhanden sein, um dann direkt mit der Phase II weiterfahren zu können. Über das Alterszentrum Haslibrunnen sei in der laufenden Legislaturperiode mehrfach diskutiert worden. Aus diesem Grund erachte es die FDP/jll-Fraktion als wichtig, dass die Grundsatzentscheide zur Phase I noch von den gleichen Leuten gefasst werden, die auch über diese Thematik diskutiert haben und, dass die Phase I am 31. Dezember 2012 abgeschlossen sein werde.
- b) Was die Trennung bringe, hänge davon ab, was in der Phase I grundsätzlich beschlossen werde. Eine Extremvariante bestünde darin, den Neu- und Ausbau des Alterszentrum von der Stadtverwaltung abzuwickeln zu lassen. Die andere Variante wäre, das ganze Altersheim einer dritten Organisation zu übergeben. Die Konsequenzen werden - abhängig von den Entscheiden - sehr unterschiedlich sein. Nach Ansicht der FDP/jll-Fraktion wäre es nicht seriös, bereits zum jetzigen Zeitpunkt einen Kredit über beide Phasen (I und II) zu beschliessen, zumal noch nicht bekannt sei, was in Phase II allenfalls noch gemacht werden müsse.

Die FDP/jll-Fraktion sei, wie eingangs seines Votums erwähnt, nicht der Meinung, dass das Geschäft verzögert werde. Die FDP/jll-Fraktion sei vielmehr daran interessiert, die Phase I rasch abzuwickeln, um - basierend auf den sich daraus ergebenden Erkenntnissen und damit auf gesicherten Grundlagen - über den Kredit für die Phase II separat beraten und abstimmen zu können.

Gemeinderat Reto Müller: Für die ausführliche Diskussion danke er bestens. Vorab versuche er die Fragen in der selben Reihenfolge zu beantworten, wie sie gestellt worden seien. Im Anschluss daran werde er die Sichtweise des Gemeinderates zu den gestellten Anträgen darlegen, insofern dies bereits möglich sei.

Aus dem Votum des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission gehe heraus, dass es nur um rechtliche und finanzielle Aspekte gehe, was offenbar nicht als viel verstanden werde. Wogegen im darauf folgenden Votum von Stadtrat Rudolf Lanz der FDP/jll-Fraktion aufgezählt worden sei, was anno dazumal in den Motionen gefordert worden sei.

Als zuständiger Ressortvorsteher lege er die Optik des Gemeinderates gerne dar, um dem Parlament die Möglichkeit zu bieten, durch die Brille des Gemeinderates blicken zu können. Es gelte sich einmal vorzustellen, wie darauf reagiert worden wäre, wenn der Gemeinderat die Vorlage unter Fr. 150'000.00 ausgestaltet und die Projektorganisation angestossen hätte, ohne die Vorlage dem Stadtrat vorzulegen. In Anbetracht dieser Situation laufe die Diskussion doch auf die Frage hinaus, ob sich das Parlament quasi kastrieren oder sterilisieren lassen wolle. Der Gemeinderat wolle doch gar nicht, dass die ganze Projektorganisation in seiner eigenen Finanzkompetenz liege. Demgemäss sei die Meinung, dass es dem Gemeinderat nicht überlassen werden könne, welche Personen in der Kerngruppe sein sollen, bereits etwas widersprüchlich, da nämlich die ganze Projektorganisation (nicht nur der Kredit) und damit auch die Bestimmungen dieses Punkt bei einer Redimensionierung der Vorlage in der Kompetenz des Gemeinderates liegen würde.

Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission habe unter Verwendung der Begriffe Einladungsverfahren und Nettoprinzip das Vergabeverfahren des Beratermandats angesprochen. In diesem Zusammenhang weise er auf den Prozess zur Findung der Rechtsform für das PvB maximum hin, wofür sich eigentlich niemand so richtig interessiert habe. Beim Prozess betreffend das Alterszentrum Haslibrunnen verhalte es sich anders. Kaum dass dieser in der Presse erwähnt worden sei - seien zwei Anfragen von zusätzlichen Beratungsunternehmen eingegangen, die eine Offerte hätten stellen wollen und gemeint haben, eigentlich besser zu sein als die service public ag. Aus der Optik des Gemeinderates sei mit der service public ag aber eine Firma gefunden worden, die eine ideale Projektbegleitung darstelle und mit welcher eine fundierte Organisation der Prozesse möglich sei - wie dies auch im Stadttheaterprojekt der Fall sei.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Die Äusserung von Stadtrat Rudolf Lanz der FDP/jll-Fraktion, dass mit dem vorliegenden Geschäft das Postulat als auch die Motion soweit erfüllt seien, da die vom Gemeinderat aufgezeigten Projektzielsetzungen stimmen würden, nehme er mit Befriedigung zur Kenntnis.

Stadtrat Rudolf Lanz habe angemerkt zu bedauern, dass der Betrag von Fr. 36 Mio. in den Akten nicht genannt werde. Der Gemeinderat wolle damit nichts verheimlichen. Für die Mitglieder des Gemeinderates sei der Betrag relativ offensichtlich, da die Kosten für ein Bett - mit der vom Kanton Bern festgelegten Tarifstruktur und dem festgelegten Infrastrukturkostenbeitrag, der von einem Bewohnenden pro Tag zu zahlen sei - insgesamt heute auf Fr. 235'000.00 berechnet werden (153 Betten x Fr. 235'000.00 = Fr. 35, 955 Mio.).

Der Gemeinderat habe den Grundsatz der "Einheit der Materie" stets zu beachten. In diesem Sinne trage der Kreditantrag den Projektzielsetzungen der Phase I und der Phase II Rechnung. Wenn der Gemeinderat nur die Phase I (ca. Fr. 70'000.00) ausgelöst hätte und im Nachhinein dem Parlament erklären würde, welche Resultate in dieser Phase erzielt worden seien, weswegen die Umsetzung der Phase II noch beispielweise Fr. 80'000.00 oder Fr. 90'000.00 kosten werde, dann würde sich der ganze Betrag insgesamt auf Fr. 150'000.00 oder Fr. 160'000.00 belaufen, womit die Bewilligung des Kredits für die Phase II auch in die Kompetenz des Stadtrates falle. Der Gemeinderat erachte das vorgeschlagene Vorgehen als offener und transparenter.

In wie fern die Zusammensetzung des Stadtrates für ein Sachgeschäft wirklich wichtig sei, sei dahingestellt. Im Gemeinderat jedenfalls sei man sich bewusst, ersetzbar zu sein. Wenn ein Gemeinderatsmitglied Ende dieses Jahres abgewählt würde, dann würde das entsprechende Ressort ab Januar 2013 von einem anderen Gemeinderatsmitglied betreut. Er persönlich hoffe, dass sich niemand im Stadtrat am Maja-Kalender orientiere und deshalb der Meinung sei, dass das Geschäft bis Ende des Jahres abgeschlossen sein müsse. Falls dem aber so wäre, wäre ein Abbruch des Geschäfts an dieser Stelle und die sofortige Rückkehr nach Hause sicher angezeigt. Weshalb also ein neu gewähltes Parlament nicht über künftige Prozesse des Alterszentrums entscheiden können soll, welche den Betrieb, die Organisation, die Trägerschaft etc. für die nächsten 50 bis 100 Jahre regeln, entziehe sich seiner Kenntnis. An dieser Stelle weise er im Übrigen darauf hin, dass der Antrag 3 der FDP/jll-Fraktion laute: *"Die Abwicklung des Projektes soll sich vorerst auf Phase I beschränken. Zeitlich soll diese spätestens am 31. Dezember 2012 abgeschlossen sein."* Ohne germanistische Haarspalterei betreiben zu wollen, so lasse die Formulierung "soll" doch eine etwas offene Interpretation zu.

Auch die SVP verlange die Umsetzung zeitlich zu straffen. Eine zeitliche Straffung sei möglich, bedinge aber, dass die Mitglieder der Fraktionen und Parteien mitziehen, um die Prozesse beschleunigt durchführen zu können. Damit die Prozesse, die eigentlich anderthalb Jahre dauern würden, innerhalb eines Jahres durchgeführt werden könnten, müssten die Vernehmlassungen und die Informationsveranstaltungen binnen kürzester Zeit durchgeführt werden. Dass heisse, dass die notwendigen Sitzungsdaten der Begleitgruppe von den Mitgliedern der Parteien und Fraktionen auch entsprechend wahrgenommen und getragen werden müssten. In Anbetracht der Aufgaben, die erledigt werden müssen, sei die ursprünglich dafür geplante Zeitspanne gerechtfertigt. Zudem würde sich eine Verkürzung des Verfahrens seiner Meinung nach auch auf die Qualität auswirken.

Stadtrat Beat Sterchi der SVP-Fraktion habe die Abschreibung des Projektkredits angesprochen. Die Verwaltung wäre diesbezüglich offen, den Investitionskredit - wie die Schenkung an die Alte Mühle - direkt über die Laufende Rechnung abzuschreiben, insofern diese Änderung als Antrag zu verstehen sei, über den es abzustimmen gelte.

In Namen des Gemeinderates weise er darauf hin, dass falls dem Antrag 3 der FDP/jll-Fraktion zugestimmt werde (*"Die Abwicklung des Projektes soll sich vorerst auf Phase I beschränken. Zeitlich soll diese spätestens am 31. Dezember 2012 abgeschlossen sein."*) der Stadtrat für das Geschäft vermutlich und effektiv nicht mehr zuständig sein werde. Er persönlich könne sich nicht vorstellen, dass sich die Kosten auf Fr. 150'000.00 belaufen würden, wenn die Abwicklung des Projektes auf die Phase I beschränkt werden müsste. In Anbetracht dieses Umstandes, seien eigentlich alle heute gestellten Anträge obsolet, da die Zuständigkeit für das Geschäft nicht mehr beim Stadtrat liegen würde.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Zum Antrag 1 der FDP/jll-Fraktion (*"Der Stadtrat nimmt von den Ausführungen des Berichtes vom 27. September 2011 betreffend das Projekt «Alterszentrum Haslibrunnen» Kenntnis"*) habe der Gemeinderat keine Bemerkung anzubringen.

Der Antrag 2 der FDP/jll-Fraktion (*"Die Projekthierarchie gemäss Ziffer 4.4 dieses Berichtes vom 27. September 2011 wird unter der Auflage, dass das Kernteam und die Begleitgruppe um Jürg Häusler, Gemeinderat und Mark Bucher, Amtsvorsteher Finanzen, erweitert wird, genehmigt."*) widerspreche dem Antrag des Gemeinderates nicht.

Auch zum Antrag der SP/GL-Fraktion (*"Die SP/GL-Fraktion beantragt dem Stadtrat, dass die «politische» Begleitgruppe aus zwei Parteimitgliedern aller Fraktionen des Stadtrats besteht. Mindestens ein Parteimitglied muss der Fraktion angehören."*) habe der Gemeinderat keine Bemerkungen anzubringen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber bittet um Abgabe der Stimme zu den 4 vorliegenden Anträgen:

- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag der SP/GL-Fraktion** (*"Die SP/GL-Fraktion beantragt dem Stadtrat, dass die «politische» Begleitgruppe aus zwei Parteimitgliedern aller Fraktionen des Stadtrats besteht. Mindestens ein Parteimitglied muss der Fraktion angehören."*) **mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) zu.**
- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 der FDP/jll-Fraktion** (*"1. Der Stadtrat nimmt von den Ausführungen des Berichtes vom 27. September 2011 betreffend das Projekt "Alterszentrum Haslibrunnen" Kenntnis."*) **mit 29 Stimmen Ja gegen 7 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen) zu.**
- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 der FDP/jll-Fraktion** (*"2. Die Projekthierarchie gemäss Ziffer 4.4 dieses Berichtes vom 27. September 2011 wird unter der Auflage, dass das Kernteam und die Begleitgruppe um Jürg Häusler, Gemeinderat und Mark Bucher, Amtsvorsteher Finanzen, erweitert wird, genehmigt."*) **mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) zu.**
- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 der FDP/jll-Fraktion** (*"Die Abwicklung des Projektes soll sich vorerst auf Phase I beschränken. Zeitlich soll diese spätestens am 31. Dezember 2012 abgeschlossen sein."*) **mit 20 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zu.**

Gemeinderat Reto Müller: Der Gemeinderat nehme die Abstimmungsergebnisse zu den Anträgen zur Kenntnis **und ziehe das Geschäft zurück**, weil das Geschäft damit nun in der Entscheidungskompetenz des Gemeinderates liege.

Beat Sterchi: Entweder habe Herr Gemeinderat Reto Müller heute Nachmittag etwas zu tief ins Bierglas geschaut oder aber die Diskussion der heutigen Sitzung nicht ganz verstanden. Der Stadtrat habe mit seinen Anträgen dem Gemeinderat helfen wollen. Wenn der Gemeinderat dem Stadtrat ein Geschäft in aller Breite vorlege, dann habe der Stadtrat auch die Freiheit, das Geschäft anders gestalten zu wollen.

Das im vorliegenden Fall an den Tag gelegte Verhalten habe zur Konsequenz - dass eine Richtlinienmotion eingereicht werde - wie dies beim Stadttheaterprojekt der Fall gewesen sei - so dass in etwa drei Monaten im Stadtrat noch einmal über die Projektorganisation Beschluss gefasst werden müsse.

Der Stadtrat habe dem Gemeinderat seine Entscheidungen mitgeteilt, womit der Gemeinderat das Projekt nun starten könne. Der Gemeinderat müsse lediglich morgen die Berater anrufen, um sie über die beschlossenen Änderungen zu informieren.

Der Gemeinderat könne das Geschäft zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr zurückziehen. Ein Rückzug des Geschäftes hätte vor den bereits durchgeführten Abstimmungen passieren müssen und nicht erst, wenn darüber schon abgestimmt worden sei. Die Angelegenheit bedürfe einer klaren rechtlichen Klärung. Seiner Meinung nach seien die Beschlüsse des Stadtrates entsprechend zu berücksichtigen. Sollte dies nicht der Fall sein, dürfe sich der Gemeinderat sicher sein, eine von ihm eingereichte Gemeindebeschwerde zu erhalten.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi Walder: Es liege nach dem Rückzug des Geschäftes offensichtlich ein Missverständnis vor. Selbstverständlich werde der Gemeinderat die heute gutgeheissenen Anträge des Stadtrates bei der Projektentwicklung berücksichtigen. Der Antrag der FDP/jll-Fraktion beschränke das Geschäft vorerst auf Phase I. Einerseits liege zur Umsetzung dieser Phase kein Antrag betreffend das Finanzielle vor, andererseits werde der entsprechende Kredit sicherlich unter der Kompetenzgrenze des Stadtrates und damit in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates fallen. Es könne damit keine Schlussabstimmung durchgeführt werden und der Gemeinderat werde das Geschäft in seinem Kompetenzbereich - unter Berücksichtigung der Stadtratsvorgaben - angehen.

III Abstimmung:

Keine Schlussabstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiseraareal - Bahnhof) (erheblich erklärt am 15. Dezember 2008); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Start des Präsidialjahres der Stadtratspräsidentin Beatrice Greber sei mit der qualitativ guten Beratung des vorangegangenen Traktandums perfekt gelungen. Er sei sehr froh, diese Rückmeldungen vom Stadtrat zur Vorlage erhalten zu haben. Der Gemeinderat werde selbstverständlich das Geschäft im Sinne der Beratung aufgleisen.

Beim vorliegenden Traktandum gehe es um eine nahezu ähnliche Frage. Vorweg lese er zwei Passagen aus einem Brief vor, der ihn sehr gefreut habe. Der Brief sei am 22. Dezember 2011 vom Kanton Bern verfasst worden und an das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Frau Dr. Maria Lezzi verschickt worden: "... *Es freut uns, Ihnen hiermit das Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung Langenthal für den Prüfprozess 2012/2013 gemäss Ihren Vorgaben einreichen zu können. Gemäss der Weisung 2010 über die Prüfung und Mitfinanzierung der Agglomerationsprogramme der zweiten Generation wurde das AP Langenthal als neues AP des Bundes vorgängig einer Zwischenbeurteilung unterzogen. Gestützt auf die positive Zwischenbeurteilung vom 7. März 2011 ist der nun vorliegende Bericht konsequent weiterentwickelt worden. Die noch offenen Punkte und Fragen konnten überarbeitet und bereinigt werden. ... Wir sind überzeugt, dass das fundiert ausgearbeitete Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung Langenthal die Grundanforderungen des Bundes erfüllt. Wir hoffen auf eine wohlwollende Prüfung. Für Fragen stehen Ihnen unsere Kontaktpersonen gerne zur Verfügung.*" Das Schreiben sei von zwei Mitgliedern des Regierungsrates (vom Justizdirektor Christoph Neuhaus und von der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Frau Barbara Egger-Jenzer) unterzeichnet worden. Mit dem vorliegenden Schreiben werde dokumentiert, dass das dem Kanton eingereichte Agglomerationsprogramm an den Bund weitergereicht worden sei.

Was die vorliegende Motion betreffe, so sei allen bekannt, dass diese am 15. Dezember 2008 überwiesen worden sei. Nie sei in Zweifel gezogen worden, dass die Verhältnisse am Bahnhof in Bezug auf die Behindertengerechtigkeit der Nordseite nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen könnten. Der Gemeinderat habe sich mit der Motion auseinandergesetzt und die Installation eines Lifts geprüft. Mit Datum 29. November 2011 sei der Stadtrat unter den "Mitteilungen des Gemeinderates" informiert worden, dass eine vernünftige Installation eines Lifts nicht machbar sei. Der Gemeinderat habe weiter informiert, in einem weiteren Schritt und an Stelle eines Lifts, die Installation einer Rampe zu prüfen. Die Grundsatzabklärungen, ob eine Rampe überhaupt möglich wäre, seien vorgenommen worden. Ein entsprechender Bericht des Ingenieurbüros Wälchli liege dazu vor. Auch sei Kontakt mit der Grundeigentümerin (SBB) aufgenommen worden. Der Inhalt dieses Schreibens sei Bestandteil der Aktenauflage. Dem Schreiben der SBB würden sich zwei Sachen entnehmen lassen: Die SBB sage grundsätzlich, dass die Geleiseanlagen mit dem Lift auf der Südseite behindertengerecht erschlossen und die Perrons mit Rampen ausgerüstet seien. Daraus leite die SBB ab, sich in keiner Art und Weise an einer Mitfinanzierung beteiligen zu wollen. Gleichzeitig tue die SBB aber kund, es nicht als zielführend zu beurteilen, wenn im Rahmen der Gesamtplanung ESP Bahnhof eine vorgezogene Installation einer Rampe oder eines Lifts befürwortet würde. Mit diesem Problem habe sich auch der Gemeinderat auseinandergesetzt, weshalb der Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist der Motion heute vorliege.



Das Parlament habe am 19. September 2011 den Anträgen der Vorlage zum Richtplan ESP Bahnhof Langenthal¹ erfreulicherweise einstimmig zugestimmt.

Die entsprechenden Vorbereitungen zur Durchführung der Studienaufträge seien momentan im Gange. Unter diesem Aspekt lasse sich das Theaterprojekt als Vergleich beziehen. Auch beim Stadttheater befinde sich eine Gesamtsanierung in Vorbereitung und auch dort habe sich die Frage nach der behindertengerechten Erschliessung gestellt. Mit Provisorien oder mit behelfsmässigen Massnahmen lasse sich manchmal etwas machen. Im Stadttheater habe man sich diesbezüglich zu helfen versucht, habe dieses Vorgehen jedoch wieder verworfen. Der vorliegende Fall verhalte sich gleich.

Der Gemeinderat setze nun schwergewichtig auf die Gesamtplanung ESP Bahnhof Langenthal, in welcher die Umsetzung einer behindertengerechten Erschliessung schon von Gesetzes wegen in allen Teilen vorgeschrieben sei. Der Gemeinderat habe sich sehr auf das Projekt ESP Bahnhof Langenthal konzentriert, zumal dieses ja auch Teil des Agglomerationsprogramms Langenthals sei.

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass Motionen gemäss den reglementarischen Bestimmungen innerhalb von zwei Jahren zu erledigen wären. Im letzten Jahr sei der Stadtrat jedoch innerhalb der Frist über Alternativen informiert worden. Der Gemeinderat beantrage jedoch trotzdem die Bearbeitungsfrist der Motion bis Mai 2013 zu verlängern. Auf diesen Zeitpunkt werde erwartet, dass eine Grundsatzantwort betreffend das Agglomerationsprogramm oder den ESP Bahnhof Langenthal vorliegen werde.

Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion: Vorweg danke er dem Gemeinderat dafür, dass dieser das Anliegen ernst nehme. Ohne die ganze Geschichte chronologisch noch einmal erwähnen zu wollen, spreche er drei Punkte an:

- Er sei auf der Verwaltung und etwas länger zurück auch beim Stadtpräsidenten gewesen. Dort sei er informiert worden, dass weitere Abklärungen getroffen werden sollen, um nebst der Aufzugslösung nach anderen Lösungen zu suchen. Er habe von der Verwaltung eine überschlagsmässige Kostenschätzung verlangt, die Auskunft darüber gebe, mit welchen Kosten etwa zu rechnen sei, wenn ein Lift montiert würde. Zum Einen sei ihm natürlich klar, dass er dessen Ausführung (Grösse, Material, Beschaffenheit, Rollstuhlgängigkeit etc.) nicht klar definiert habe, zum Anderen habe er ja auch nur einen Aufzug verlangt. Der von der Verwaltung genannte Betrag habe ihn sehr erstaunt, da dieser rund dreimal höher ausgefallen sei, als den Betrag, den er selber berechnet habe.
- Die Realisation sei schwierig, weil wegen des Liftausgangs die Benutzenden direkt auf die Strasse hinaus geführt würden. Es stelle sich natürlich die Frage, ob ein solcher Lift installiert werden wolle, zumal es verschiedene Varianten von Aufzügen gebe, die einen anderen Ausstieg ermöglichen würden. Andersorts seien solche Lifte bereits erfolgreich im Einsatz.
- Mit seiner Motion fordere er einen Aufzug. Der Gemeinderat habe eine entsprechende Prüfung durchgeführt und dabei entschieden, dass die Montage eines Aufzuges in dieser Phase nicht realisierbar sei. Der Gemeinderat sei von sich aus wieder aktiv geworden und habe Abklärungen getroffen, um nach weiteren Lösungen zu suchen. Eine Rampenlösung sei in Erwägung gezogen worden, wofür er dem Gemeinderat, wie eingangs erwähnt, danke.

Der Brief der SBB habe ihn zugegebenermassen etwas verärgert - speziell die Stelle: "... *Ein Behindertenparkplatz und einige weitere Parkplätze befinden sich optimal gelegen unmittelbar vis-à-vis des Hauptzuges. ...*". Diesem Satz gehe die Aussage voraus, dass sich auf der Hauptseite des Bahnhofes (Südseite) ein Lift befinde und dass die Geleise behindertengerecht seien. Weiter sei zu lesen: "*Ein unmittelbarer Bedarf für einen zusätzlichen behindertengerechten Notzugang besteht deshalb nicht.*" Der Brief sei von zwei Personen unterzeichnet worden, die er nicht kenne.

¹ Richtplan ESP Bahnhof Langenthal; Erweiterung und Umgestaltung der Personenunterführung zu einer Bahnhofspassage sowie Um- und Neugestaltung der Bahnhofplätze Nord und Süd; Vorprojekt und Studienauftrag; Zustimmung und Bewilligung der Finanzierung (Investitionskredit)



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Er habe sich erlaubt, die eine Person anzurufen und diese zu fragen, was denn der Textabschnitt heissen soll, dass kein Bedarf bestehe, wenn doch bekannt sei, dass Behinderte, Leute mit Rollstühlen oder Kinder mit Velos an dieser Stelle keinen Anschluss haben. Die Antwort, die er erhalten habe, decke sich mit der Aussage des Stadtpräsidenten, wonach die Behindertengerechtigkeit eigentlich gegeben sei. Die SBB habe ihm bestätigt, dass die gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die Minimalanforderung an die Behindertengerechtigkeit gegeben seien, wenn sich irgendwo auf dem Areal ein Lift befinde, der den Zugang auf die Geleise ermögliche. Persönlich stelle sich ihm aber schon die Frage, ob wirklich nur einfach die Minimalanforderungen erfüllt werden müssen, oder ob nicht auch den Leuten auf der Nordseite des Bahnhofs eine gewisse Lebensqualität zugestanden werden dürfe.

Die Motion sei vor 3 ½ Jahren eingereicht worden. Mittlerweile sei es auch schon über ein Jahr her, als er sich in einer parlamentarischen Fragestunde erkundigt habe, wie lange die Behandlung denn noch dauere. Darauf habe er die Antwort erhalten habe, dass es nicht mehr fünf Jahre dauern werde. Wenn er nun aber bedenke, dass sein Anliegen auch Bestandteil des Agglomerationsprogrammes sei, sei er sich nicht ganz sicher, ob die Umsetzung seines Anliegens in bereits zwei oder drei Jahren möglich sein werde. Er hoffe, dass das Anliegen trotzdem eine gewisse Priorität erhalte und bitte den Stadtrat, dem Fristverlängerungsantrag zuzustimmen.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion unterstütze den Fristverlängerungsantrag. Es mache keinen Sinn das Anliegen jetzt und losgelöst vom ESP Bahnhof Langenthal Projekt und ohne Unterstützung der SBB voranzutreiben. Die FDP/jll-Fraktion wolle die Bahnhofentwicklung vorwärtstreiben und sei darum gespannt und freue sich auf die angekündigte Präsentation der Ergebnisse im Mai 2013.

Ruth Trachsel, EVP-glp-Fraktion: Aus Sicht der SBB und der Planung ESP Bahnhof Langenthal sei eine Rampenlösung ausserhalb der laufenden Planung nicht sinnvoll. Im September 2011 habe der Stadtrat der Erarbeitung eines Projektes zugestimmt, welches die Erweiterung und die Umgestaltung der Bahnhofunterführung sowie die Durchführung einer Studie für die Neugestaltung der Bahnhofplätze Nord und Süd beinhalte. In diesem Projekt werde auch der Behindertengerechtigkeit Rechnung getragen. Wie angekündigt, sollen dem Stadtrat die Ergebnisse der Studie im Mai 2013 vorgestellt werden. Aus diesem Grund stimme die EVP/glp-Fraktion dem Fristverlängerungsantrag einstimmig zu.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Fristverlängerung bis Mai 2013 für die Bearbeitung der Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal - Bahnhof) (erheblich erklärt am 15. Dezember 2008) wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

4. Interpellation Grädel-Fankhauser Therese und Graf Baumgartner Barbara (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 28. November 2011 betreffend die Gewährleistung der Sicherheit für Kinder auf dem Schulweg und für alte Menschen bei kommenden grossen Baustellen im Areal des Spitals und dem Schulhaus Kreuzfeld; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Barbara Graf Baumgartner: Sie und Stadträtin Therese Grädel-Fankhauser danken Herrn Andreas Ryf, Amtsvorsteher öffentliche Sicherheit und Herrn Rolf Baer, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit, für die Beantwortung der Fragen. Die Gewährung der Sicherheit sei vor Allem dann schwierig, wenn zur allgemeinen Situation noch spontane Manöver dazukommen. Wo mehrere Instanzen beteiligt seien, würden sich Schnittstellen ergeben, bei denen das eine Unternehmen vom anderen Unternehmen oft nichts wisse. Alle seien darum aufgefordert, bei gefährlichen Stellen genau hinzuschauen und dementsprechend Verantwortung zu übernehmen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 21. Dezember 2011 sowie die Ausführungen der Interpellantin zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Interpellation Grädel-Fankhauser Therese (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. November 2011 betreffend Gesundheitsförderung in der Stadt Langenthal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Grädel-Fankhauser Therese: Wer im Gesundheitswesen tätig sei wisse, dass die Gesundheit ein einzigartiges Gut sei, das einem auf den Lebensweg mitgegeben werde. Ein Gut das geschützt und gepflegt werden müsse, und zu dem es Sorge zu tragen gelte. Mit der Interpellation bezwecke sie, wieder einmal zu spüren, wie der Puls der Stadt Langenthal bzw. der Puls der "Patientin Langenthal" eigentlich schlage. Der Puls der "Patientin Langenthal" schlage noch, wenn auch etwas schwach. Die Patientin lebe noch, befinde sich aber im Winterschlaf.

Gesundheitsförderung sei eine komplizierte Geschichte, weil sie auf verschiedenen Ebenen passiere. Zum einen gebe es die politische Ebene, zum Anderen die Ebene der Fachgremien, aber auch die ganz persönliche Ebene. Manchmal seien im System graue Flecken auszumachen, die mit gesundheitlichen Schwächen eines jeden einzelnen vergleichbar seien. Diese Flecken sollten genauer betrachtet werden. Zudem sollte mit mehr Eigenverantwortung versucht werden, die Situation zu verbessern, was aber entsprechendes Wissen voraussetze. Text der Krebsliga: *"Damit Menschen handeln können, müssen sie über Wissen verfügen. Dies gilt gerade auch in Bezug auf das Gesund bleiben und/oder das Krank werden."*

Ein gutes Beispiel, wie Gesundheitsvorsorge passieren könne, stelle die Schulzahnpflege dar. Die Schulzahnpflege sei heute etabliert. Jedem sei mittlerweile klar, dass die Zähne geputzt und gepflegt werden müssen. Die Schulzahnpflege sei von verschiedenen Ebenen ins System implementiert worden: Bei jedem Einzelnen, ins sehr stark damit engagierte Schulsystem aber auch in die Verantwortung der Stadt, die entsprechende Kontrollen durchführe. Aus Kontrollen sei bekannt, dass die Anzahl der Karieserkrankungen bei Kindern massiv zurückgegangen seien. Anhand dieses wunderbaren Beispiels lasse sich die Durchführung einer seriösen und sachlichen Gesundheitsförderung aufzeigen.

Die "Patientin Langenthal" werde irgendwann aus ihrem Winterschlaf erwachen. Persönlich hoffe sie, dass deren Puls etwas schneller gehe oder vor Freude vielleicht sogar kurz einmal aussetze. Sie denke und hoffe, dass künftig noch mehr Anstrengungen unternommen werden, obwohl es sich um viel Geld handle, das aber in vielerlei Hinsicht zurückkomme. Eine Stadt habe eine Verantwortung und müsse deshalb eine Vorreiterrolle einnehmen.

Heute Abend seien bereits Steine verteilt worden. In diesem Sinne werde auch sie weiterhin Steine werfen, um Punkto Gesundheitsversorgung in Langenthal mehr Steine ins Rollen zu bringen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 21. Dezember 2011 sowie die Ausführungen der Interpellantin zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

6. Einfache Anfrage Marti Bernhard (SP) vom 28. November 2011 betreffend den Stromverbrauch der öffentlichen Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt Langenthal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Keine Beratung

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 21. Dezember 2011 zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

7. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

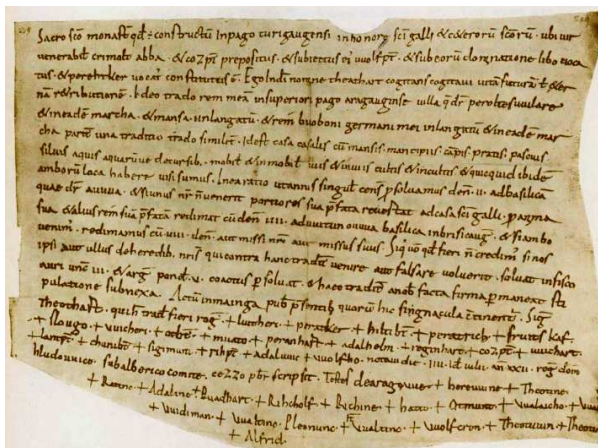
Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

8. Rückblick auf die Feierlichkeiten 1150-Jahre Langenthal durch den OK-Präsidenten, Markus Bösiger; Information



Markus Bösiger, OK-Präsident 1150-Jahre Langenthal: Mit den Worten: "Liebe Langenthalerinnen und Langenthaler" habe er im vergangenen Jahr oft Leute begrüßen dürfen.

Als Gesamtprojektleiter der Jubiläumsfeierlichkeiten 1150-Jahre Langenthal freue er sich sehr, heute einen kleinen Überblick zum Festjahr geben zu dürfen. Das Jahr 2011 sei für ihn ein wichtiges, interessantes und schnelles Jahr gewesen.



Der Ursprung des Jubiläums gründe auf der Urkunde, aus dem Jahre 861, in der der Name "Langatun" erstmals urkundlich erwähnt worden sei.

Langatun ähnele interessanterweise dem heute im Volksmund oft verwendeten Namen "Langetu" sehr. Einige der Anwesenden haben die Urkunde vielleicht anlässlich eines Besuch der historischen Gesellschaft im Stifts-Archiv des Klosters St. Gallen gesehen.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Wer exaktere Informationen zur Urkunde erhalten möchte, könne sich diese in der neusten Ausgabe der "Langenthaler Heimatblätter" beschaffen, die dem Thema "Jubiläen" gewidmet seien. Die Heimatblätter seien durch den Stadthistoriker Herrn Simon Kuert redigiert worden, der natürlich auch massgebend am Jubiläum 1150-Jahre Langenthal beteiligt gewesen sei.

Nie habe die Absicht bestanden, Langenthal nur in seiner historischen Vergangenheit zu würdigen und zu feiern, sondern auch an ein Langenthal in der Zukunft zu denken. Aus diesem Grund seien die Feierlichkeiten unter dem Motto: *"heute ist gestern und morgen"* gestanden.

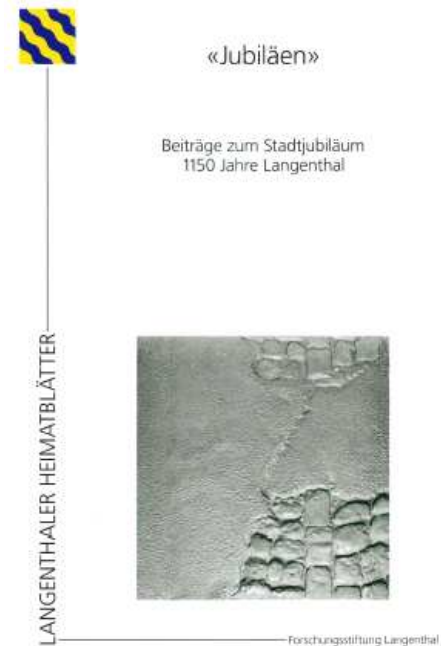
Daraus sei die Idee entstanden, das Festjahr in fünf Akte, über das ganze Jahr verteilt, zu organisieren, um möglichst viele Langenthalerinnen und Langenthaler anzusprechen.

Die Bevölkerung sowie Vereine und Institutionen seien eingeladen worden, selber Parallel-Anlässe zu organisieren, um so am Jubiläumsjahr aktiv teilzunehmen.

Bevor mit einigen Bildern, die verschiedenen Anlässe in Erinnerung gerufen werden, erlaube er sich einen kurzen theoretischen Rückblick auf das Festjahr.

Die fünf Protagonisten der einzelnen Anlässe seien:

- "BEGEISTERN" Daniel Rüeegger
- "BEWEGEN" Paula Schaub-Holt
- "BELEBEN" Armin Flükiger
- "BEGEGNEN" Richard Bobst
- "BILDEN" Marcel Joss



DIE KRAFT UND DIE WIRKUNG						
Hauptanlass	BEGEISTERN	BEWEGEN	BELEBEN	BEGEGNEN	BILDEN	
Datum	1./9. Januar	5. bis 7. Mai	24. Juni bis 3. Juli	19. bis 25. Sept.	3. bis 5. Nov.	
Tage	2	3	10	7	3	25
Publikum Besucher	700	5100	10'000	4000	2600	22'400
Programmangebote	2	30	40	45	26	143
Mitwirkende Institutionen, Gruppen	6	32	12	45	12	107
Mitwirkende (Vereinsmitglieder, Kinder, etc.)	140	2000	4000	350	450	6940
Helferinnen und Helfer	40	100	60	50	100	340

DIE WUCHT DER EIGENINITIATIVE	
Parallelanlässe	durchführende Organisation
Der Weg des Buches	Regionalbibliothek
Essen und Trinken in Langenthal	Museum Langenthal
langenthal.tv	Gebrüder Heimgler
Langenthal im Bärenhut (yt)	Historische Gesellschaft
1150 Jahre Handwerk. Gala 2011	Sportverein
Kulturnacht - Lumière - leuchtende Vergangenheit	Regionale Kulturkonferenz
Historische Features	Simon Kuert
Begegnung belebt	Galerie Leuebrüggli
Drei Kirchenkonzerte	Kirchengemeinde
Betttagsgottesdienst	Landeskirchen (evangelisch; röm.-kath), Ev. Allianz, ACJ
Langenthal im Bild	Rudolf Baumann
Elternbildungstag	Elternarbeitsgruppe Tokio
Erzählachmittage «Do isch doch aube...»	Simon Kuert
Waldbien erleben	Burggemeinde und Forstbetriebe
Bundesfeier	Stadt
Jubiläum Markt in der Marktgasse	Marktführer
Theater „Salzers & andere Langenthaler“	Rudolf Steiner Schule
Obersargauer Urkunden und Jubiläen	Vortrag Dr. Peter Erhart, Stiftsarchivar St. Gallen



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

DIE ROSINEN

- «Unterschiedliche Einzelbeiträge zu einem Gesamtwerk verschmelzen»
Daniel Rüeegger, Projektleiter BEGEISTERN
- «Die Schaffung des fixen OL-Postennetzes und Eröffnung durch Bundesrat Schneider-Ammann»
Paula Schaub, Projektleiterin BEWEGEN
- «Der Umzug der Volksschulen, der Kindergärten und der Rudolf Steiner Schule mit 2'000 Kindern und Jugendlichen»
Armin Flückiger, Projektleiter BELEBEN
- «Das Zusammenspiel der Gastronomie und der Kulturträger rund um den Wuhrplatz und die Begegnungen mit den Partnerstadt-Delegationen»
Richard Bobst, Projektleiter BEGEGNEN
- «Das Musical «Die Schöne und das Biest» – in Kürze ausgebuht und das professionelle Niveau»
Marcel Joss, Projektleiter BILDEN

DIE BESONDERE HERAUSFORDERUNG

- «Die kurzfristige Absage von Kurt Aeschbacher und die gelungene Lösung mit Röbi Koller»
Daniel Rüeegger, Projektleiter BEGEISTERN
- «Das kurzfristige Umdisponieren des Abbaus der mobilen Sporthalle vor dem Chouf Hüsi am Muttertagmorgen»
Paula Schaub, Projektleiterin BEWEGEN
- «Die Koordination im Gastrobereich in der Marktgasse»
Armin Flückiger, Projektleiter BELEBEN
- «Die Verankerungen auf dem neuen Wuhrplatz und die Verhinderung eines Schlechtwetter-Ersatzzeltes»
Richard Bobst, Projektleiter BEGEGNEN
- «Der Ansturm der Besucherinnen und Besucher auf die Backstube»
Marcel Joss, Projektleiter BILDEN

Auch die finanztechnische Organisation des Festjahres habe eine besondere Herausforderung dargestellt. Für die Finanzen sei Herr Markus Gfeller zuständig gewesen, welcher einen kurzen Überblick über die finanzielle Seite der Festivitäten liefere. Zudem sei einigen Anwesenden vielleicht noch bekannt, dass das Jubiläumsjahr - ohne den von Stadtrat Markus Gfeller im Jahr 2007 eingereichten politischen Vorstoss - nicht in der erlebten Form zu Stande gekommen wäre.

Markus Gfeller, Finanzchef 1150-Jahre Langenthal: Der Stadtrat habe im Juni 2010 einen Rahmenkredit zur Organisation des Jubiläumsfestes in der Höhe von Fr. 700'00.00 bewilligt. Damals seien die Ausgaben für die geplanten Anlässe aufgrund grober Schätzungen und Richtofferten berechnet worden. Selbstverständlich habe bereits zu dieser Zeit die Absicht bestanden, gewisse Einnahmen zu generieren. Im Sinne des Bruttoprinzips sei es im öffentlichen Bereich aber so, dass ungesicherte Einnahmen (noch) nicht berücksichtigt werden dürfen. Aus diesem Grund handle es sich bei der Summe von Fr. 700'000.00, die der Stadtrat bewilligt habe, um einen Bruttobetrag.

Anhand der Zahlen könne festgestellt werden, dass eine ausserordentlich gute Budgetdisziplin geherrscht habe, so dass die gesprochenen Budgetpositionen praktisch in allen Bereichen nicht ausgeschöpft werden mussten.

Die Unterschreitungen seien auf die Kostendisziplin einerseits, andererseits aber auch auf die Generierung gewisser Einnahmen sowie auf gewisse Gratisleistungen zurückzuführen.

An dieser Stelle danke er allen recht herzlich, die dazu beigetragen haben.

Obwohl der eine oder andere Kreditposten noch nicht definitiv abgeschlossen worden sei, werde im Endergebnis mit keiner Überschreitung zu rechnen sein. Er gehe davon aus, dass auch der definitive Schlussbetrag die Summe von Fr. 600'000.00 nicht übersteigen werde.

GELD UND GEIST

Ausgaben in CHF	Rahmenkredit der Stadt	Abrechnung 1150
BEGEISTERN	45'000	26'730
BEWEGEN	51'000	22'884
BELEBEN	189'100	196'262
BEGEGNEN	162'500	145'373
BILDEN	96'000	54'329
PARALLEL-ANLÄSSE	47'000	44'500
Kredit Projektausschuss	96'200	94'774
Reserve (definitiv)	13'200	0
Total	700'000	584'852



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

PROJEKTL EITUNG UND VIELE MEHR..

Funktion	Name
DL Stadt Bau	Affolter Urs
Stabsdienste	Amberg-Fredy
Infrastruktur	Bader Roland
Themenberater Jugend	Bertschinger Toms
Anlässe, Anlass BEGEBEN	Bolob Richard
Projektleitung	Bösiger Markus
Anlass BELEBEN	Flückiger Armin
Finanzen / PL Stellvertreter	Gneller Markus
Medien	Hammel Marcel
Bau	Hänggärtner Jörg
Vertreter Stadt	Hubacher René
Themenberater Geschichte	Kuert Simon
Recht / Versicherungen	Meyer Werner
Anlass BILDEN	Joss Marcel, Pflümi Hans
Anlass BEGEISTERN	Rüegger Daniel
Vertreter Stadt	Refener Thomas
Sicherheit	Ryf Andreas
Anlass BEWEGEN	Schaub Paula
Kommunikation	Sigrist Patrick
Vertreter Stadt	Steiner Daniel
Gastronomie	Sutter Andreas
Themenberater Kultur	Walker Rainer
DL Stadt Bau Stellvertreter	Zingg Hanspeter
Sekretariat	Zur Linden Brigitte

Markus Bösiger, OK-Präsident 1150-Jahre Langenthal: Die Ausführungen des Finanzchefs würden deutlich machen, dass mit den öffentlichen Geldern sparsam umgegangen worden sei. An dieser Stelle danke auch er allen dafür Verantwortlichen für die Budgetdisziplin sowie für die aus seiner Sicht insgesamt tolle Zusammenarbeit.

Ähnlich wie im Abspann eines Films, seien die Namen der Mitwirkenden - in alphabetischer Reihenfolge - in nebenstehender Darstellung aufgelistet.

Foto-Präsentation zu den Anlässen unter den fünf Themen



Durchführungsort: Zwinglihaus

Moderation: Herr Ruedi Josuran

Treffen von fünf verschiedenen kirchlichen und religiösen Gruppierungen





Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012



Durchführungsort: Stadttheater

Moderation Herr Röbi Koller, an Stelle von Herrn Kurt Aeschbacher

Begegnung alter und junger Vereine



Durchführungsorte:

- Kreuzfeld
- Marktgasse
- Musterplatz





Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012





Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012





Stadtrat

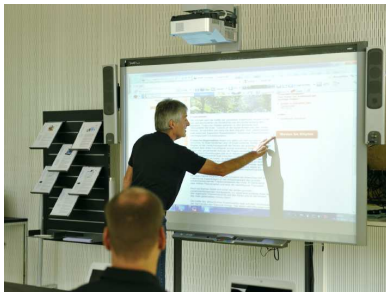
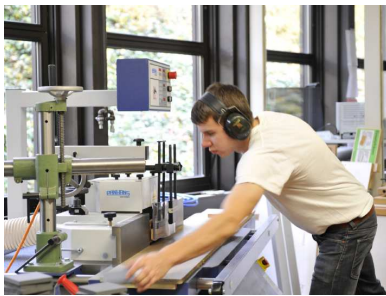
Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012





Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012





Stadtrat

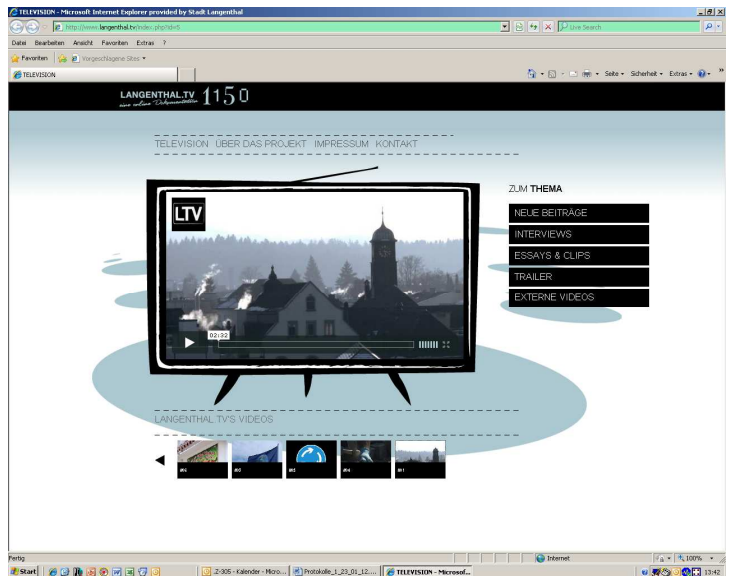
Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012



Die gezeigten Fotos seien von den Lehrlingen der Foto AG Lang, Langenthal, gratis und franko aufgenommen worden und Bestandteil der von der Foto Lang AG erstellten Bildergalerie, welche unter: <http://www.1150-langenthal.ch/2401.html> angeschaut werden könne.

Nebst der Bildergalerie seien im Jubiläumsjahr ausserdem verschiedene Kurzfilme gedreht worden, welche unter: <http://www.langenthal.tv/index.php?id=5> zur Ansicht stehen. Mit der Vorführung des Films #01 schliesse er seinen Rückblick auf das Festjahr 1150-Jahre Langenthal ab.

An dieser Stelle bedanke er sich bei allen, die die Idee "*heute ist gestern und morgen*" mitgetragen haben, die mitgearbeitet, mitgefiebert und mitgelitten haben, um Langenthal ein Jahr lang feiern zu können. Namentlich danke er dem Stadtrat, der das Festjahr finanziell ermöglicht habe, dem Gemeinderat sowie der Verwaltung und ihren Dienststellen - vor allem aber dem Werkhof, der eine enorme grosse Hilfe gewesen sei. Er persönlich sei stolz darauf, dass er habe mitmachen dürfen.



(Applaus)

Stadratspräsidentin Beatrice Greber: Im Namen des Stadtrates danke sie dem OK-Präsidenten Markus Bösiiger für die repräsentative Berichterstattung. Dank gebühre dem ganzen OK-Team sowie allen, die zum guten Gelingen des Jubiläumsjahres beigetragen haben.

Als ein Zeichen des Dankes und zur Erinnerung an die grosse Leistung und Arbeit überreiche sie Herrn Stadtrat Markus Bösiiger einen Stein, den sie vom ehemaligen Wuhrplatz mitgenommen habe.

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. **Eingereichte Motion Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 23. Januar 2012: Für eine bessere demokratische Legitimation der Ratsmitglieder (Änderung der Art. 47 und 48 des Wahl- und Abstimmungsreglementes)**

Motionstext:

"Für eine bessere demokratische Legitimation der Ratsmitglieder

Motion mit Weisungscharakter betreffend die Änderung der Art. 47 und Art. 48 des Wahl- und Abstimmungsreglements

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglements der Stadt Langenthal in dem Sinne vorzubereiten und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen, dass sämtliche Ratsmitglieder in jedem Fall direkt oder als Ersatzleute vom Stimmvolk gewählt worden sind.

Begründung / Erläuterung:

Nach den heute gültigen Bestimmungen des Wahl- und Abstimmungsreglements ist es möglich, dass Personen im Stadtrat Einsitz nehmen können, die sich nicht der Volkswahl stellen mussten. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn eine Liste weniger Kandidatinnen und Kandidaten aufweist, als sie bei den Stadtratswahlen Sitze gewonnen hat. Diesfalls können die Verantwortlichen der Liste Kandidatinnen und Kandidaten nachnominieren, welche dann vom Gemeinderat als gewählt erklärt werden. Dasselbe gilt, wenn bei Rücktritten während der Legislatur auf einer Liste keine Ersatzperson mehr vorhanden ist. Auch in diesem Fall kann die betroffene Partei oder Wählergruppe Ersatzleute vorschlagen, welche sodann vom Gemeinderat ohne Weiteres als gewählt erklärt werden.

Dies erscheint aus demokratiepolitischen Überlegungen mindestens fragwürdig. Als Beispiel sei hier nur erwähnt, dass die PNOS, welche mit einem einzigen Kandidaten zu den Stadtratswahlen 2008 angetreten war, nach der raschen Demission von Timotheus Winzenried einen Ersatzkandidaten nennen durfte, welcher dann gestützt auf die heute geltende Regelung vom Gemeinderat als gewählt erklärt werden musste. Diese Episode ist zwar auch bereits wieder Geschichte, mit dem aktuellen Wahl- und Abstimmungsreglement bleibt aber das Problem der fehlenden demokratischen Legitimation bestehen. Dieses Problem kann einfach behoben werden, indem die Art. 47 und 48 des genannten Reglements angepasst werden: Der freie Sitz soll der Liste zufallen, welche das nächste Restmandat erhalten hätte.

Die mögliche neue Fassung sei nachfolgend skizziert:

Art. 47 Abs. 4 und 5, geltende Fassung:

⁴ Enthält eine Liste weniger Kandidatinnen bzw. Kandidaten als ihr Vertreterinnen bzw. Vertreter zufallen, so werden die Listenunterzeichnerinnen bzw. -unterzeichner der betreffenden Liste durch das Präsidialamt innert 14 Tagen aufgefordert, noch so viele Kandidatinnen bzw. Kandidaten zu bezeichnen, als nach der Berechnung nötig sind. Die auf diesem Weg neu Vorgeschlagenen werden vom Gemeinderat ohne weiteres als gewählt erklärt.

⁵ Machen die Listenunterzeichnerinnen bzw. -unterzeichner von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch, fallen die unbesetzten Sitze an jene Listen, die nach dem Wahlprotokoll das höchste Restmandat erhalten hätten.

Art. 47 Abs. 4, mögliche neue Fassung (nur noch ein Absatz):

Enthält eine Liste weniger Kandidatinnen bzw. Kandidaten als ihr Vertreterinnen bzw. Vertreter zufallen, so fallen die unbesetzten Sitze an jene Listen, die nach dem Wahlprotokoll das höchste Restmandat erhalten hätten.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

Art. 48 Abs. 2 und 3, geltende Fassung:

² Fehlt eine Ersatzperson, so setzt der Gemeinderat der betreffenden Partei bzw. Wählergruppe eine vierzehntägige Frist an, um neue Kandidatinnen bzw. Kandidaten vorzuschlagen. Werden innert dieser Frist gültige Vorschläge eingereicht, so werden die so vorgeschlagenen vom Gemeinderat ohne weiteres als gewählt erklärt.

³ Macht die berechnigte Partei oder Wählergruppe von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch, so fällt der freigewordene Sitz an jene Liste, die nach dem Wahlprotokoll das höchste Restmandat erhalten hätte.

Art. 48 Abs. 2, neue Fassung (nur noch ein Absatz):

Fehlt eine Ersatzperson, so fällt der freigewordene Sitz an jene Liste, die nach dem Wahlprotokoll das höchste Restmandat erhalten hätte.

Da die Art. 47 und 48 für die Wahl des Stadtrates wie auch des Gemeinderates gelten, würden die Änderungen ebenso für den Stadt- wie für den Gemeinderat gelten. Beim Gemeinderat hat sich das Problem in den letzten Jahren nie gestellt - es ist schwer vorstellbar, dass jemand im Gemeinderat Einsitz nehmen würde, der sich nie einer Volkswahl gestellt hat, aber auch dies wäre nach der heutigen Regelung theoretisch möglich. Insofern scheint es richtig, dass die Regelung für beide Gremien angepasst wird. Allerdings ist derzeit eine Motion der FDP/jll-Fraktion hängig, welche zum Ziel hat, dass der Gemeinderat neu im Majorzwahlverfahren gewählt würde. Sollte diese Motion erheblich erklärt und umgesetzt werden, wäre die hier vorgeschlagene Änderung für den Gemeinderat obsolet und käme nur noch für den Stadtrat zum Tragen."

Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende

Die Stellungnahme zur Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 23. Januar 2012

10. In eigener Sache

■ Stadtratssitzung von Montag, 20. Februar 2012

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: An der Stadtratssitzung von Montag, 20. Februar 2012 finde die Beratung von Grundsatzbeschlüssen zum Stadttheater statt. Da die Akten zu diesem Geschäft sehr umfangreich seien, werde der Versand der Stadtratsunterlagen zu diesem Thema bereits am Donnerstag, 26. Januar 2011 erfolgen.

■ Apéro-Einladung der Stadtratspräsidentin Beatrice Greber

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: Sich für die Stadt zu engagieren, sei nicht selbstverständlich, weshalb sie sich bei ihren Ratskolleginnen und Ratskollegen für deren Engagement bedanke. Sie wünsche allen ein gutes Jahr - möglichst ohne Stolpersteine und lade alle Anwesenden herzlich zum Apéro im Foyer des Sitzungssaales ein. Sie weise darauf hin, dass die Steine in den dekorativen Wasserschalen nicht zum Anbeissen, sondern zum Bestaunen seien, ansonsten im wahrsten Sinne des Wortes auf Granit gebissen würde, was sie niemandem wünsche oder empfehle.

(Applaus)